

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freimschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Neuwahlen der Betriebsvertretungen

6 vH - 15 vH - 20 vH - 33 1/3 vH 100 vH

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des AFA-Bundes

In den Monaten Februar bis März 1931

gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen, und die Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Die Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie die im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen um der Einheitlichkeit willen die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrätenewahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue, außerordentlich schwierige Situation gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir wie in anderen Industriestaaten auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Es ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern erfaßt hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten. Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird das Dasein der Arbeiter und Angestellten durch Aussetzung, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen ununter-

brochen erschüttert. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Wiederum ist daher wie im Jahre 1930 für die Betriebsrätenewahlen 1931 die Parole: Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen weisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des AFA-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AFA-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein

selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB

notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AFA-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem AFA-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irreführenden Kollegen und Kolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher, als in schwierigen Zeiten der Verzweiflung anheimzufallen. Die Betriebsrätenewahlen 1931 müssen ein machtvolles Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Lagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt.

Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsrätenwahlen 1931!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die 40stündige Arbeitswoche muß her!

Aus Osnabrück schreibt man uns:

Fünf Millionen arbeitsfähige, aber arbeitslose Menschen zählen wir jetzt in Deutschland. Und noch nicht abzusehen, wann der Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht sein wird. Denn aus ganz Deutschland laufen tagtäglich noch Stilllegungsanzeigen ein. Noch mehr Fabriken werden auf Wochen und Monate außer Betrieb gesetzt. Gleichzeitig nimmt die Kurzarbeit weiter zu.

Im Bereich unsrer Verwaltungsstelle (Osnabrück) hat ein Teil der Betriebe eine wöchentliche Arbeitszeit von 24 bis 40 Stunden freiwillig eingeführt unter Zustimmung der Betriebsvertretung und der Belegschaften. Die Betriebe können aber laut Tarifvertrag bis zu 52 Stunden wöchentlich schaffen lassen; die größten Betriebe, weil sie zur Schwerindustrie zählen, gar bis zu 57 Stunden. Leider muß man die Wahrnehmung machen, daß bei Auftragsengpässen keine Einstellung von Arbeitern erfolgt, nein, es wird mit dem vorhandenen Personal versucht, die Aufträge zu erledigen. Es wird einfach ungeordnet, weil es die tariflichen Bestimmungen zulassen, 50, 52, 54 ja 57 Stunden die Woche zu arbeiten.

Soll und darf das so weitergehen? Diese Frage wird kein vernünftiger Mensch mit Ja beantworten, am allerwenigsten der ADGB und der Vorstand des DMV.

Es ist die Forderung der 40stündigen Arbeitswoche gestellt. Sie wird in den Kreisen der noch beschäftigten Leute im bejahenden Sinne besprochen. Und ein ständiger Gesprächsstoff ist die 40stündige Arbeitswoche auch bei den Erwerbslosen. Was die darüber denken, weiß jeder, der mit ihnen in Versammlungen und sonstwo zusammenkommt. Der weiß auch, daß ein Teil der Erwerbslosen anfängt zu zweifeln: sie wollen nicht mehr recht glauben, daß diejenigen Stellen, auf die sie früher gebaut und geschworen haben, alles tun, was möglich ist, um ihnen, den Erwerbslosen, zu helfen. Man hört von ihnen oft den Zwischenruf: „Wir wollen keine Unterstützung, wir wollen Arbeit!“ Sie geben zu, daß die

sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Hilfe des ADGB in der Frage der Unterstützung alles mögliche getan hat.

Woher kommt nun aber der vorhin genannte Zweifel? In den Versammlungen sind Leute zu treffen, die schon 3, 4 und 5 Jahre den Kreislauf machen: arbeitslos bis ausgesteuert, einige Monate Wohlfahrtserwerbsloser, dann Notstandsarbeiter.

Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 20 Jahren sind zwei Jahre arbeitslos, da sie gleich nach Beendigung der Lehre entlassen wurden. Der Vater ist, beispielsweise, 60 Jahre alt, schafft aber 54 Stunden die Woche, muß also für seinen jungen, kräftigen Sohn sorgen. Vor einigen Tagen erst hatte ich einen Fall zu behandeln, wo der eine Sohn von 23 Jahren ausgesteuert war, sein Bruder hatte noch für zwei Tage Unterstützung zu bekommen, der Vater wird am 11. Februar ausgesteuert und erhält noch 18,20 M Unterstützung. Die beiden Jungen nichts mehr; zwei Schwestern sind die alleinigen Verdienner.

Alte Gewerkschaftsmitglieder, Familienväter mit 2 und 3 Kindern, die sich täglich um eine Stelle bemühen, werden mutlos, sind abgemagert und verärgert; die Verzweiflung übermannt sie. Sie erklären: „Mir ist alles gleich, schlechter kann es mir nicht mehr gehen; mag kommen was da will!“ Wenn das schon gewerkschaftlich organisierte Leute sagen, kann man sich leicht vorstellen, in welcher Stimmung die andern Arbeitslosen sind.

Es ist an der Zeit, daß die oben genannten gewerkschaftlichen Stellen nicht nur von der 40stündigen Arbeitswoche schreiben und reden, sondern daß der Versuch unternommen wird, sie auch einzuführen. Damit ist keine Zeit mehr zu verlieren. Der Reichstag ist jetzt beisammen. Ein Gesetzentwurf ist einzureichen, der die 40stündige Arbeitswoche bringt. Neue Hoffnung und frischer Glaube werden dann bei den Erwerbslosen einziehen. G. H.

Die Lohnkürzungen, die im vorigen Jahr zum erstenmal in größerem Umfange unternommen wurden, haben bei einem Teil der deutschen Arbeiterschaft — leider muß man es sagen — keinen so nachdrücklichen Widerstand gefunden, wie es nötig gewesen wäre. Man hat sich schlecht und recht mit einer Lohnsenkung um 4 bis 5 bis 6 vH abgefunden, und zweifellos hat bei vielen Arbeitern der Gedanke mitgespielt: die Unternehmer haben weit mehr verlangt; sie wollten 8 vH haben; da ist es immerhin ein Erfolg, daß sie „nur“ 6 vH durchgesetzt haben; geben wir uns damit zufrieden, damit endlich einmal Ruhe wird.

Wer so dachte, wird jetzt grausam enttäuscht. Schon seit Jahren hat die Metallarbeiter-Zeitung die inneren Gründe aufgedeckt, weshalb dem Kapitalismus in dem Zustand, in den er sich hineinentwickelt hat, gar keine andere Möglichkeit mehr bleibt, als fortwährend die Ausbeutung zu verschärfen. Ohne das könnte er gar nicht mehr bestehen. Und dazu gehört natürlich vor allen Dingen und in erster Reihe Lohnkürzung. Aber nicht eine Lohnkürzung, die bei 4 vH oder bei 6 vH aufhört, sondern die ständig weitergeht.

Was erleben wir jetzt? Schlag auf Schlag ist es in den letzten Wochen auf die Arbeiter herniedergesaut, die sich vielleicht in dem Traume wiegten, bei 6 vH Lohnkürzung werde es sein Bewenden haben. Den Holzarbeitern wurden Mitte Januar sofort 8 vH zugemutet, denen in ein paar Wochen weitere 7 vH folgen sollen. Das sind schon 15 vH. Ehe jedoch die Arbeiterschaft Zeit hatte, sich die ungeheuerliche Tragweite einer solchen Lohnkürzung richtig klar zu machen, kam das Verlangen der Vereinigten Stahlwerke in Ruhrort-Meiderich, den Lohn um 20 vH zu kürzen. Um ein volles Fünftel! Und noch hatte kaum der Telegraph diese Kunde in alle Hütten getragen, so folgte die Rede des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach mit einem Vorschlag. Er will „versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren“.

Das heißt, es sollen — und zwar nicht etwa nur auf den Kruppwerken, sondern allgemein — es sollen mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden, aber ohne daß der Unternehmer sie bezahlt. Ihr Lohn soll von dem Lohn der anderen, die noch Beschäftigung haben, genommen werden. Das heißt mit anderen Worten: der Lohnkürzung soll jede Schranke weggeräumt werden; sie soll schließlich bis zu 100 vH gehen.

Möglich, daß Herr Bohlen-Halbach sich das nicht bis in die letzten Folgen klargemacht hat. Aber sogar der Stahlverein gibt eine Zahl an; er sagt, 20 vH Lohnabbau will er haben. Das ist grauenhaft, das ist entsetzlich, aber es ist immer noch etwas Bestimmtes. Es läßt immer noch der leisen Hoffnung Raum, daß dies dann wenigstens das letzte sei, und daß die Arbeiter die übrigen 80 vH werden behalten können. Der Erbe der Kruppwerke gibt keine Zahl an. Nach seinem Vorschlag soll die Lohnkürzung so weit gehen, wie nötig ist, um Arbeitslose zu beschäftigen. Und wir haben dieses Jahr 5 Millionen Arbeitslose. Wieviel werden es nächstes Jahr sein? Ein Drittel des deutschen Proletariats ist heute arbeitslos. Wenn dieses Drittel an dem Lohn der anderen zwei Drittel teilnehmen soll, dann muß deren Lohn um ein Drittel gekürzt werden. Das ist schon eine Lohnsenkung um 33 1/3 vH. Die Unternehmer haben dann, ohne mehr Lohn zu zahlen, ein Drittel mehr Arbeitskräfte zur Verfügung. Und die Bahn ist frei zur immer weiteren Kürzung des Lohns bis 100 vH.

Aber nicht doch. Er will ja damit die Arbeitslosen beschäftigen und dann gibts doch keine Arbeitslosen mehr und folglich auch keine Lohnkürzung mehr? — Mit dieser Kindlichkeit wollen wir uns nicht aufhalten, nachdem sogar das Berliner Tageblatt darauf aufmerksam gemacht hat, es sei doch noch recht fraglich, „ob diese Rechnung aufgeht“, sintemal und alldieweil alles davon abhängt, ob die Unternehmer ihre Preise soweit senken werden, um nicht nur die jetzige, sondern die dann vermehrte Produktion verkaufen zu können. Nun, wir wollen dem B. T. schon jetzt verraten: die Unternehmer werden das nicht tun, weil der Zweck der ganzen Prozedur ja doch eben die Lohnsenkung an sich und dadurch Profiterhöhung ist, die bei entsprechender Ermäßigung der Verkaufspreise wieder

Aus dem Inhalt

	Seite
Neuwahlen der Betriebsvertretungen — Die 40stündige Arbeitswoche muß her!	49
Fehlschläge bei Hord — „Opferreiche Gemeinschaftsarbeit“	50
Die Herren Doktoren ... — Wirtschaftlichkeit im Haushalt	51
Die Internationale in der Küche — Das Grabkreuz	52
Blutreinigungskuren — Unfallverhütung	53
Dankeskerzen für die RGO — Schwedenspruch in Leipzig abgelehnt — Theorie und Praxis beim Dinta	54
Internationale Metallarbeiterlöhne und ihre Kaufkraft	55
Die Arbeitslage in der Metallindustrie im Jahre 1930	56

Fehlschläge bei Horch

Leichtsinnige Finanzierungsmethoden und andere Verwaltungssünden

Von Julius Fries

Schon als im Sommer des vergangenen Jahres die Horchwerke AG, Zwickau, die noch in den beiden Vorjahren je 8 vH Dividende verteilt hatte, einen dividendenlosen Abschluß vorlegte, merkten die Beteiligten, daß hier etwas nicht stimmte. Hat doch dieses Werk seinen Umsatz von 15 Millionen M im Jahre 1924/25 auf 28 Millionen M im Jahre 1927/28 und im Jahre 1928/29 sogar auf 36 Millionen M steigern können. Warum trotz dieser gewaltigen Umsatzsteigerung keine Dividende ausgeschüttet wurde, lehrte damals ein Blick in die Abschlußzahlen. Man hatte es nämlich für nötig befunden, auf Außenstände 532 000 M abzuschreiben, das war der vierte Teil der ganzen in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen, und das war eine Maßnahme, die man in den Vorjahren nie für nötig hielt. Für 8 vH Dividende wie in den beiden letzten Jahren hätten 400 000 M genügt. Der Geschäftsbericht wußte natürlich allerhand von den hohen Steuern und Soziallasten, der ungewöhnlichen Kälte im Frühjahr 1929 und dem handelspolitischen Dilettantismus der Regierung zu melden. Bei sich selbst suchte die Verwaltung nicht nach Gründen für diesen Rückgang.

Die Horchwerke haben ihr Aktienkapital mit 5 Millionen M stets außergewöhnlich niedrig gehalten. In dem Bericht, den die Verwaltung bei Bekanntgabe des dividendenlosen Abschlusses der Handelspresse zur Verfügung stellte, wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Verhältnis von 1:7 zwischen Aktienkapital und Jahresumsatz nicht mehr als normal angesehen werden könne und daß man lediglich im Hinblick auf die Börsenlage der Frage einer Kapitalerhöhung noch nicht nähergetreten sei. Dieser noch im Juni 1930, also fast neun Monate nach dem Abschlußtag vom 31. Oktober 1929 veröffentlichte optimistische Ausblick wird nun durch die neuesten Ereignisse Lügen gestraft. Ende November 1930 verlautete von einer Kapitalzusammenlegung, das heißt Kapitalherabsetzung, einer Maßnahme also, zu der man nur bei Gesellschaften greift, die in äußerster Bedrängnis sind. Vorher wurde von einem Zusammenschluß mit einer anderen Automobilgesellschaft orakelt, insbesondere sollen schon Besprechungen mit der Nationalen Automobil-Gesellschaft (NAG), Berlin-Oberschöneweide, stattgefunden haben. Die Gerüchte verdichteten sich dahin, daß das 5 Millionen M betragende Aktienkapital im Verhältnis 4:1, das heißt auf 1,25 Millionen M, zusammengelegt werden soll, und daß neue 3 Millionen M Vorzugsaktien geschaffen werden sollen.

Ein solcher Vorschlag wurde auch schließlich der zum 30. Dezember 1930 einberufenen Generalversammlung unterbreitet. In dieser Versammlung aber wurden die Aktionäre plötzlich durch einen von Bankenseite kommenden Antrag überrascht, das Aktienkapital im Verhältnis 10:1, also auf 500 000 M, herabzusetzen. Das bedeutet, daß die Aktionäre neun Zehntel des aufgebrachten Kapitals in den Rauch schreiben müssen. Dieser Antrag der Banken (es handelt sich um die Commerz- und Privat-Bank, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt und die Sächsische Staatsbank) erregte nicht nur

große Überraschung bei den Aktionären, sondern eine berechnete Entrüstung, vor allem deshalb, weil die Verwaltung es nicht für nötig fand, die Öffentlichkeit vorzubereiten, und weil die Verwaltung selbst in der Generalversammlung eine stichhaltige Begründung für die Maßnahme unterließ. Trotzdem wurde der Antrag für eine kleine Minderheit angenommen, weil die Bank dank veralteter gesetzlicher Bestimmungen mit Hilfe Aktien, die sie und befreundete Banken im Depot haben so stimmen können, wie es ihnen in den Kram paßt. Bemerkenswert war, daß in der Generalversammlung ein Kleinaktionär zunächst Vertagung beantragte, nach den handelsrechtlichen Bestimmungen „Mitteilungsantrag gemäß § 240 des Handelsgesetzbuches“ hätte auf Tagesordnung gesetzt werden müssen, das heißt, die Generalversammlung hätte davon Kenntnis gegeben werden müssen, daß die Hälfte des Aktienkapitals (10 sog. neun Zehntel) verloren ist. Dieser Vertagungsantrag wurde abgelehnt, weil nach Ausführungen des Vorstandstisch es noch gar nicht feststehe, ob die Hälfte des Aktienkapitals verloren sei, da die durch die Sanierung entstehenden Buchgewinne auch zu Abschreibungen verwendet werden sollen.

Ein anderer Aktionär sah die Ursache der veränderten Lage nicht allein in der allgemeinen Wirtschaftslage und der Automobilindustrie, sondern in Fehlern der Verwaltung und auch der Aufsichtsrat sitzenden Bankenvertreter. Entgegen dem bisherigen ständigen Anwachsen des Umsatzes ist nach Angabe der Verwaltung im letzten Jahre ein Rückgang des Umsatzes um etwa ein Drittel, also von 36 auf 25 Millionen M, zu verzeichnen. Sicher dieser Aktionär ebenfalls darin recht, daß es ein Fehler war, sich auf die Fabrikation von Wagen der höchsten Preisklasse zu beschränken.

Nach der Sanierung werden die Horchwerke außer einem Stammkapital von 500 000 M mit einem Vorzugsaktienkapital von 3 Millionen M arbeiten, ein ganz seltsames Verhältnis. Diesen Vorzugsaktien soll eine jährliche Dividende von 6 vH verbürgt werden, auf falls sie in schlechten Jahren ausfällt, ein Nachzahlungsanspruch besteht. Diesen Vorzugsaktien ist weiter verbürgt, daß sie im Falle der Auflösung der Gesellschaft mit 110 vH zurückgezahlt werden. Die Bankgemeinschaft übernimmt zunächst diese 3 Millionen M Vorzugsaktien und bietet sie, den alten Aktionären zum Kurse von 103 vH an, und zwar entfallen auf 10 000 M alte Aktien 6000 M neue Vorzugsaktien. Da die Börsenkurse von 156 1/2 vH im Jahre 1927 auf 64 vH Ende 1929 gesunken und dann den gewaltigen Abstieg bis auf jetzt gar 13 vH aufwies, bedeutet dieses Angebot die Zumutung, daß ein Aktionär, der an 1000 M alten Aktien, die er zu 100 vH gekauft hat, bis zum Tag der Generalversammlung nur 1300 M wert, also 8700 M verloren hat, 6000 neue Vorzugsaktien zu bekommen, nochmals 6000 zu 103 vH, also 6180 M zuzahlen soll.

flöten ginge. Das ist einmal so, gleichgültig ob sich Herr Krupp dessen bewußt ist oder nicht. Die Arbeitslosigkeit wird auch nach der Lohnsenkung, wieder da sein, und dann werden die Unternehmer sagen, der Lohn sei eben noch nicht tief genug gesenkt, und werden damit fortfahren mit dem Kurs auf 100 vH.

Nun muß man freilich zugeben, daß der Herr v. Bohlen-Halbach aus tiefster Not geredet hat. Hat er nicht seiner „Generalversammlung“ einen geradezu trostlosen Jahresabschluß vorlegen müssen? Das Jahr 1929/30 schließt bei den Kruppwerken mit einem Verlust von 4 450 000 M. Da bleibt ja kein Auge trocken. Da begreift man, wie tiefbetäubt und sorgenschwer der Herr Krupp-Schwiegersohn das Wort ergriffen hat. In Wahrheit ist die Firma Krupp bekanntlich nur der Form nach eine Aktiengesellschaft. Es sind gar keine wirklichen Aktionäre für die Generalversammlung da, sondern alle Aktien gehören der Familie. Der aber ist es ganz wurst, ob sie ihr Geld in Form von Dividenden oder sonstwie bekommt. Deshalb sind die Jahresabschlüsse dieser „AG“ von jeher berühmt. Als sie für das Jahr 1926/27 einen Gewinn von 13 Millionen M aufzeigte, wies ihr das Berliner Tageblatt nach, daß dabei mehr als 20 Millionen verheimlicht waren. Und auch in dem jetzigen trüben Bericht sind mindestens 17 Millionen M für Abschreibungen draufgegangen, die man nach Belieben so oder anders verbuchen konnte. Die Vossische Zeitung schreibt geradezu, daß in dem Kruppbericht „Gewinne versteckt werden, um Verluste nachweisen zu können mit dem Ziel, auf die Regierung und die öffentliche Meinung einen Druck im Sinne äußerster Lohnabbauwünsche auszuüben.“

Wir unsererseits sind viel zu höflich, um dem Schwiegersohn des seligen Herrn Krupp derartiges nachzusagen. Wir glauben vielmehr, daß aus ihm eine „innere Stimme“ sprach, über die er sich selbst kaum volle Rechenschaft zu geben vermag. Denn — und das ist das Entscheidende — andere große Werke haben ihre Gewinne gar nicht in demselben Maße verheimlicht wie Krupp. Die AEG gibt einen Reingewinn von 13 1/2 Mill. M an und verteilt 7 vH Dividende, Siemens-Schuckert erzählt von fast 10 Millionen M Reingewinn und verteilt 7 1/2 vH, Siemens-Halske endlich gesteht einen Reingewinn von über 13 1/2 Millionen zu und steigert die Dividende auf 14 vH. Und das in dem Jahr der angeblichen Krise (bis September 1930). Außerdem haben sie alle noch reichlich Geld übrig zum Zinszahlen; die beiden Siemensfirmen zahlen in demselben Jahr zusammen mehr als 18 Millionen M Zinsen. Allein an Zinsen und Dividende haben also die Siemenswerke beinahe 42 Millionen M aufgebracht, aus den Knochen der Arbeiter, in einem Jahr entsetzlicher Krise! Und doch ist kein Zweifel, sie werden auch jetzt wieder Reden halten, daß „die Wirtschaft“ Not leidet und dringend Lohnabbau braucht.

Die Sache ist eben die: jene Überschüsse sind erreicht mit Hilfe der riesenhaften Arbeitslosigkeit und der durch sie gedrückten Löhne. Von ihrem kapitalistischen Standpunkt aus sind die Unternehmer durchaus auf dem richtigen Wege. Sie müssen und werden fortfahren mit der Lohnsenkung bis zu 100 vH, bis zum Nullpunkt. Was aber da nun werden soll, und was schon inzwischen zu geschehen hat, um nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch Wirtschaft und Kultur zu retten, das werden sich die Arbeiter bald gründlich überlegen müssen.

Störrische Kerle, diese Hüttenproleten!

Letzte Woche wurde hier mitgeteilt, daß die Vereinigten Stahlwerke für den Hüttenbetrieb in Ruhrort-Meiderich eine Lohnkürzung von 20 vH fordern, wofür, anstatt der 7000 Mann nur 2500 entlassen werden sollen, für die verbleibenden 4500 eine Beschäftigung bis zum nächsten Oktober gewährleistet werde.

Am 3. Februar haben nun Verhandlungen stattgefunden. Es wurden neue Vorschläge gemacht, die eine Änderung der Zahlen über zu entlassenden oder weiterschaffenden Leute enthalten. Wie vorausgesehen, ist die Verhandlung ergebnislos verlaufen, weil die Gewerkschaften es ablehnten, dem Lohnabzug von 20 vH zuzustimmen. Hieran hat, wenn die Frankfurter Zeitung richtig berichtet, der Angestelltenrat und der Betriebsrat des Hüttenwerks über den Vorschlag der Werksverwaltung abgestimmt. Der Angestelltenrat soll sich nach der Frankfurter Zeitung mit 3 gegen 1 Stimme für den Vorschlag der Arbeiterräte mit 14 Stimmen dagegen ausgesprochen haben wobei sich 7 Mann, die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der Stimme enthalten mit der Begründung, daß es nicht Sache der Betriebsvertretung, sondern der Gewerkschaften ist, sich mit solchen Fragen zu befassen. Es hat sich dann die Belegschaft des Werkes mit dem Vorschlag in zwei Versammlungen beschäftigt. Sie haben in einer Entscheidung mit aller Entschiedenheit den Vorschlag einstimmig zurückgewiesen und sich ganz zu der Stellung ihrer Betriebsvertretung und der Gewerkschaften bekannt.

Das Blatt der Hüttenbarone, die Bergwerks-Zeitung, ist über das Stimmresultat der beiden Belegschaftsversammlungen reichlich unzufrieden. Sie macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie kein Verständnis für die Nöte der Schwerindustriellen hätten. Der Bergwerks-Zeitung sei im Vertrauen gesagt, daß die Gewerkschaften, die freien bestimmt, für die Nöte der Schwerindustriellen genau so viel Verständnis haben, wie diese für die Nöte der Hüttenarbeiter. Mehr kann man billigerweise nicht verlangen. Jedenfalls kann man es den Hüttenproleten nicht übelnehmen, daß sie sich störrisch zeigen, ein Fünftel von ihrem Lohne freiwillig hinzugeben, um den Herren Aktionären der Hüttenindustrie die gewohnte Dividende zu sichern.

Wie können sie die Hüttenarbeiter, dazu ihre sauer verdienten Groschen für eine allbekannte Mißwirtschaft, für die Fehlschlagen, für die Unfähigkeit der „genialen“ Wirtschaftsführer zu opfern? Würden sie dem unbilligen, um nicht zu sagen, unverschämten Verlangen stattgeben, was wäre die Folge? Nein, daß die Herren noch weiterwüsten, noch mehr Goldstücken nationalstischen Banden zur Bekämpfung elender Arbeiter hinwürfen und noch mehr Millionen ins Ausland verschoben.

Die Herren Schwerindustriellen sollten, die sie unbillige Verlangen an die Arbeiter stellen, erst einmal billige Verlangen an sich selbst, an ihre Fähigkeit, wirtschaftliche Vernunft, soziale Einsicht und Opferwilligkeit stellen und Tatsachen liefern, daß sie dieses Verlangen erfüllen. Solange das nicht geschieht, ist es ganz unangebracht, sich über die Störrigkeit von Arbeitern und Gewerkschaften zu entsetzen.

Die Metallarbeiter-Zeitung
gründlich lesen, dann weitergeben an
Unorganisierte und Gleichgültige.
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

„Opferreiche Gemeinschaftsarbeit“

Der Besitzer der Firma Krupp, Herr von Bohlen-Halbach, hat auf der „Generalversammlung“ seiner Aktiengesellschaft ebenfalls in der jetzt großen Mode des Ausbeutertums gemacht, er hat nämlich erzählt, an der mißlichen Lage der Industrie sei die staatliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik schuld; die Arbeitslosigkeit sei nicht ohne Opfer derjenigen zu beseitigen, die heute in Brot und Arbeit stehen — womit die von Lohnkürzungen gejagten Proletarier und nicht etwa die Großverdiener gemeint sind. Was hierzu zu sagen ist, geschieht an anderer Stelle dieser Nummer mit der gebührenden Deutlichkeit. So können wir uns einem anderen Satz der Rede des Großindustriellen zuwenden, der uns des Hervorhebens nicht unwichtig erscheint. Herr von Bohlen-Halbach sagte im weiteren Verlauf seiner Rede: „Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital zu einer opferreichen Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen, so wäre viel gewonnen...“

Eine solche Gemeinschaftsarbeit wünscht der gute Herr, um denen, die „heute noch in Brot und Arbeit stehen“, den Arbeitern also, das Opferbringen besser beibringen zu können und um mit ihnen noch Lieblichkeiten ähnlicher Art zu betreiben. Daß durch eine solche „opferreiche Gemeinschaftsarbeit“ viel — für das Unternehmertum gewonnen wäre, wer wollte das leugnen? Derselben Meinung sind übrigens noch andere Industrielle, denen seit Wochen die Arbeitsgemeinschaft wieder mal verdächtig gut gelangt ist. Als Wegbereiter stellt ihnen der Herr Reichsarbeitsminister eifrig zu Diensten. Er hat gewichtige Gründe für diese Beschäftigung, die mit jedem Tag Amtszeit noch gewichtiger werden. Den Herren schwebt wohl die Wiederholung der Arbeitsgemeinschaft von 1918 vor. Sie war ja auch äußerst schutz- und gewinnbringend für die gesamte Kapitalistenklasse und kostete außer etwas Honigseim nichts. Jene Arbeitsgemeinschaft war für die Großverdiener eine vorzügliche Hagelversicherung und eine reiche Geldquelle. Wie einträglich soll erst die jetzt gewünschte Arbeitsgemeinschaft bezeichnet? Die man von vornherein schon als „opferreich“ bezeichnet?

Wenn die deutschen Schwerindustriellen vom Opferbringen reden, dann weiß der Proletarier, daß er schleunigst nach möglichst viel Distanz zu streben und seine Taschen mit Bandendraht zuzubinden hat. Eine vielgestaltige Erfahrung legt ihm das nahe.

Wie man sich noch gut erinnert, kam den Herren Großverdienern die arbeitsgemeinschaftliche Neigung zu der Zeit, wo sich unheilkundende Sturmwolken über ihren Köpfen hallten. Sie bedurften dringend einer Hagelversicherung. Daher die arbeitsgemeinschaftliche Gesinnung der Herren im eigenen Hause. Die Rechnung war gewiß recht schlau. Als die schwere Sturmgefahr vorüber war, war es auch mit der arbeitsgemeinschaftlichen Neigung der Herren vorbei. Sie wollten doch nun den in der Notzeit zugestandenen Achtstundentag wieder haben, wollten die Aufbesserung der unerböhrten niedrigen Löhne haben, kurz wollten die Arbeiter mehrhaltiger als während der Zeit der Arbeitsgemeinschaft haben. Der proletarische Mohr hatte seine Schuldigkeit getan. Nun rufen die Herren wiederum nach einer Arbeitsgemeinschaft. Nachdem sie also dem Arbeiter die Taschen gründlich geleert haben, tragen sie ihm eine Arbeitsgemeinschaft,

eine opferreiche aber, an. Der ausgeplünderte Proletarier soll mit seinem Ausplünderer eine Genossenschaft bilden! Zu welchem Zwecke wohl? Nun zu dem Zweck die Ausplünderung im Einverständnis mit dem Ausgeplünderten weiter zu betreiben. Außerdem wird noch anderes Ziel verfolgt, von dem allerdings nicht geredet wird. Die Arbeitsgemeinschaft von 1918 entfachte bekanntlich scharfen Streit in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Das dürfte heute, wo die Arbeiterschaft sich mehr als es kurz nach dem Kriegsende der Fall sein konnte, in den Dingen und den Partnerschaften ihrer Organisation faßt, in noch heftigerem Maße der Fall sein. Heftiger Brudersstreit im gewerkschaftlichen Lager — das wäre ein Ziel, das Erstrebens wert, ein Vorteilsstrom, der von der Profitgeossenschaft in dieser für sie immer breizvoller werdenden Zeit gar nicht hoch genug bewertet werden könnte. Das wäre natürlich auch die Arbeiter. Wir haben noch keinen gehört, der von einer solchen Arbeitsgemeinschaft, auch wenn nicht von vornherein als „opferreich“ bezeichnet wird, etwas wissen wollte.

Die Herren Ausbeuter brauchen wieder einmal eine Hagelversicherung, einen Rausreißer für das von seinen Kapitalabermals auf die Sandbank manövrierte Schiff. Die dummen Proleten sollen wie 1918 als Hageldach und Karrenzieldienen, und während sie diesen Dienst für die kapitalistische Ordnung verrichten, soll die Leerrung ihrer Taschen lustig fortgesetzt werden. Die genialen Herren belieben das eine opferreiche Arbeitsgemeinschaft zu nennen. Ist auch — für die Proleten. Die Proleten werden, wie es scheint, doch für erheblich dümmer gehalten, als sie sind.

Einschränkung der Doppelverdiener

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag zur Beschäftigung der Doppelverdiener eingebracht.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu suchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der folgenden Forderungen Rechnung trägt:

1. Allen in Reichs-, Staats- oder Kommunaldiensten oder Diensten öffentlich-rechtlicher Körperschaften ständig beschäftigten Personen (Beamten, Angestellten und Arbeitern) ist die Übernahme und Ausführung außerdienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich zu untersagen. Wissenschaftliche, literarische und künstlerische Betätigung ausgenommen.

2. Der Reichsarbeitsminister ist zu ermächtigen, für Berufsleute erfahrungsgemäß besonders unter der Beschäftigung von Doppelverdienern und Schwarzarbeit zu leiden haben, die Zwang zur Meldung aller offenen Stellen bei den Arbeitsämtern und zur Benutzung der Arbeitsämter einzuführen, und zwar auch insoweit nur eine Gelegenheitsarbeit oder vorübergehende Beschäftigung in Betracht kommt.

3. Die Arbeitsnachweise sind zu verpflichten, Personen, die in anderen Berufen oder Betrieben berufsmäßig als Arbeitnehmer tätig sind, nur dann in eine zusätzliche Beschäftigung zu vermitteln, wenn für diese Beschäftigungen geeignete Arbeitslose des in Betracht kommenden Berufes nicht zur Verfügung stehen.

Die Herren Doktoren . . . !

Eine Betrachtung von Wilhelm Mephisto

(Nachdruck verboten.)

Vor allem wollen wir uns gleich einmal klar sein: so ein großer und mächtiger Weisheitstitel, wie man in der Allgemeinheit immer annimmt, ist dieser Doktor-Titel keineswegs. Die Universitäten gehen seit Jahren nicht mehr sparsam damit um, und wer eben einen größeren Aufsatz zusammenschreibt, so und solange auf seines Vaters Kosten „auf der Universität war“, bekommt diesen Titel. Einen praktischen Wert hat dieser Dokortitel nur bei Ärzten, denn das sind nach der Volkssprache wirkliche Doktoren, da ist der Name auch eine Berufsbezeichnung. Alles andere ist Aushängeschild, Fahne, Großtuerlei, Titelmästerei, womit man dem Volke Hörner aufsetzen will. Man soll den studierten Mann mit großer Augen ansehen, und da soll dieser Titel helfen. Und hilft leider Gottes auch heute noch. Ich behaupte, daß man spätestens in 20 bis 30 Jahren auf diesen Dokortitel nichts mehr gibt, denn jeder junge Mann hat ihn bis dahin bestimmt. Lesen wir doch nur die Meldung eines bürgerlichen Blattes in Leipzig von der „Doktor-Hausse“ (lies bitte deutlicher „Verwässerung des Dokortitels“). Nach diesem Blatte hat man kürzlich ausgerechnet, daß auf den deutschen Hochschulen 130 000 neue Anwärter auf den Doktorhut sitzen. Das Blatt sagt, daß dieser Titel der häufigste ist, den es überhaupt gibt. 1928/29 wurden an den deutschen Hochschulen „nur“ 5228 Dokortitel verliehen, 1929 aber schon 6697, das sind 1759 Titel mehr in einem Jahr. O titel-glückliche Welt!

Der Staat kümmert sich merkwürdigerweise gar nie wieder um den Titel, den er seinen Beamten „höheren Grades“ verleiht. Das ist doch feststellenswert. Also der Dokortitel ist noch nicht einmal eine Art Gesellenprüfung. Jeder Staatsbeamte, der Hochschulstudium hat und in den Staatsdienst eintreten will, muß eine Staatsprüfung besonders ablegen; genügt er dieser Prüfung, kann er in den Staatsdienst aufgenommen werden, wenn der Staat ihn braucht. Diese Staatsprüfung geht hart und gewissenhaft vor sich. Viele der jungen Leute haben sich vorher mit Leichtigkeit den „Doktorhut“ geholt und — fallen bei der Staatsprüfung glatt durch. Der Staat nummeriert seine Prüflinge für das Richteramt. Im vergangenen Jahre hatten sich bald 400 junge Leute, die das Studium der Rechtswissenschaft vollendet hatten, beim Bayerischen Staat der Staatsprüfung unterzogen. Davon nimmt der Staat vielleicht 60 Mann, 340 Rechtskenner müssen sehen, wie sie unterkommen.

Was werden für Broschüren zusammengeschrieben! Also, wer sein Studium vollendet hat, die ersten Prüfungen bestand, darf eine Doktorarbeit einreichen. Die muß mit einem lateinischen Briefe angekündigt werden! Da ein Brief immer wie der andere ist, darf man das nicht als Wunderleistung ansehen. Später wird natürlich der Doktorbrief auch in streng lateinischer Sprache abgefaßt, da ist von „wohlgeachteten, hochgeborenen, wohl-gelahrten“ Herrn die Rede. Die Arbeit wird eingereicht, geprüft, und dann folgt auch eine mündliche Prüfung, wo immer vier bis fünf Prüflinge (Doktoranten) zusammengezogen werden. Und schon nach wenigen Stunden bekommt jeder seinen „Doktorhut“, also seinen Brief, daß er den „großen Titel“ führen darf. Der Staat schützt ihn natürlich: wer ihn unberechtigt führt, wird bestraft. Also Arbeiten müssen geschrieben werden.

Zu Luthers Zeiten mußten in einer Doktorarbeit neue wissenschaftliche Gedanken stecken; darauf legt man heute keinen Wert mehr. Wenn nur was geschrieben ist, was sich recht schön liest. Bißchen Zahlen müssen drin sein und ein wenig kühne Behauptungen. Der alte Professor, der prüft, weiß ja nicht, wieviel Masken bei-

spielsweise in einer Periode hergestellt werden. Karl Marx, der wissenschaftliche Vorkämpfer für den Sozialismus, hat nach heutigen Verhältnissen 500 Doktorarbeiten geschrieben. Das kann man ruhig sagen. Damit ist aber der Wert des Titels blitzartig beleuchtet!

Wenn man einem bürgerlichen Berliner Blatte glauben darf, hat Hindenburg wohl an die zwanzig deutsche Ehrendokortitel. Der alte Mann weiß damit gar nichts anzufangen; er legt scheinbar auch nicht den geringsten Wert darauf. Haben Sie schon mal was vom Dr. Hindenburg gehört oder vom Dr. Goethe oder Dr. Schiller?

Es gibt und gab genug große, gescheite Köpfe, die aber von einem Titel absolut nichts wissen wollten, und das waren die gesunden, klugen Menschen, die wirklich was könnten. Daß der Staat gar zu gerne mit Titeln herumwirft! Er schmückt eben seine Leute, und die „Untertanen“ sollen dann in ihnen große Männer sehen! Was wir aber nicht immer tun werden!

Der Dichter Wolfgang Goethe, der schon mit 27 Jahren Minister wurde, hat nie eine Doktorarbeit geschrieben, nie diesen Titel besessen oder geführt. Er war aber der erste Schriftsteller, der den „Titelhelden“ eins auswischte, und zwar steht in seinem „Faust“ gleich vornedran zu lesen:

Doch ich bin gescheiter als all die Laffen,
Doktoren, Magister, Schreiber und Pfaffen!

Nun, ein Loblied auf den Dokortitel ist das gewiß nicht, und Goethe meinte, gescheit brauchte man schon zu seinen Tagen nicht besonders zu sein, um Doktor zu werden! Goethe schrieb dies aber schon vor über 120 Jahren! Und wir sind immer noch nicht gescheiter geworden, wir beten den Dokortitel im allgemeinen noch an. Ein kluger Mensch allerdings nicht! Im Volk ist immer noch die Meinung verbreitet, wer im wissenschaftlichen Leben und in seinen Prüfungen etwas Besonderes leistet, bekommt diesen Titel. Wir haben ja gesehen, wie es wirklich ist.

Natürlich kostet der Titel Geld, wohl, je nach der Universitätsstadt mit allem Drum und Dran 4000 bis 5000 M. Das meiste davon bekommt der Staat, also er macht immer gerne ein Geschäft. In Bayern sind auf solch einem Dokortitel so ungefähr 40 bis 50 M. Stempelsteuer, das ist eine Staatssteuer. Ich würde vorschlagen, doch 500 M. Steuer zu nehmen. Das ist bei dem Rennen nach dem Titel ein glänzendes Geschäft! Wer schon Titel vom Staat haben will, soll auch blechen! In Deutschland verhungern buchstäblich gegenwärtig ganze Kompagnien an tüchtigen Schriftstellern. Ich weiß noch einen Rat, Vater Staat: wer Dir nachweist, daß er in den letzten zehn Jahren von dem Ertrag seiner Feder gelebt und Dir etwas Steuer gezahlt hat (wenn er konnte), diesen Schriftstellern gibst Du einmal je 1000 M. Das sind die Stempelgebühren von zwei zukünftigen Doktorarbeiten. Ich weiß, man lacht über diesen Vorschlag, wie man immer gelacht hat.

Es ist immer schon eine verrückte Welt gewesen! Aber heute ist es ganz schlimm. In aller Not ersaufen wir noch mitten in der Republik vor lauter Titeln! Wie wenn damit der Menschheit und der Welt auch nur um einen Deut geholfen wäre. Wenn ein Nagelschmied droben auf dem Thüringer Wald einen Nagel fertig hat, dann ist das etwas; eine der tausenden Doktorarbeiten der letzten zwanzig Jahre hat uns noch nicht einen Millimeter vorwärts gebracht. Lassen Sie also Ihren Sohn um Gotteswillen nicht studieren! Er ersäuft dann auch in Titeln und nützt der Welt nichts. Deswegen soll nicht gesagt sein, daß wir keine geistige Arbeit brauchen. Selbstredend brauchen wir die. Aber wirkliche, keine nachgemachte! So wie die Doktorarbeiten!

nicht Rücksicht nimmt, oder wo es sich um Ersatz unbrauchbar gewordener Gegenstände handelt, ist selbst für den bescheidensten Haushalt mit den beschränktesten Mitteln wichtig, das Neue in einer Ausführung zu erwerben, die so praktisch, so zweckmäßig und wertbeständig wie möglich ist.

Genormte Geräte, Geschirre, Betten, Ofen werden auf den Bildtafeln im Heft 3 gezeigt; das gegebene Beispiel der Wohnungsbaubereitstellung bei Verwendung genormter Fenster und Türen läßt im Herzen jeder Hausfrau den Wunschtraum entstehen von Gardinen, die in jeder Wohnung an jedes Fenster passen . . .

Es werden noch Jahre vergehen, bis in jedem Haushalt alles so praktisch ist, wie es sein könnte, wenn das „DIN“-Prinzip der Normung sich durchgesetzt hat. Aber sobald einmal der Anfang gemacht ist, wenigstens jede Neuanschaffung und sei es die bescheidenste, unter dem Gesichtspunkt der „Normung“ zu wählen, werden allmählich doch sicher die unpraktischen Dinge verschwinden.

Die Normung von Aluminiumgeschirr ist ganz durchgeführt; auf anderen Gebieten wird man bald folgen. Normung braucht nicht Eintönigkeit im Gefolge zu haben — wozu gäbe es Farben? Aber vor Geschmacklosigkeiten bewahrt sie uns, das ist, neben dem praktischen Gewinn, sicher nicht ohne Wert.

Die Verfasserin betont, daß „DIN“-Waren immer Qualitätswaren sein sollten und daher nicht zu Schleuderpreisen zu haben sein könnten. Rege Nachfrage nach genormten Geräten würde es den Herstellern möglich machen, ihrerseits die weniger zahlreichen Typen und Formen rationeller anzufertigen. Dies müßte aber dann in dem so sehr betonten volkswirtschaftlichen Sinne auch zu einer Senkung der Preise für „DIN“-Waren führen. Wenn Ersparnis im Gebrauch genormter Dinge selbst liegt, so sollte auch durch vereinfachte Herstellung erwachsender Nutzen der Fabrikanten dem Verbraucher anteilig zu kommen durch eine der Kaufkraft der breiten Masse angepaßte Preisgestaltung. Hier bliebe dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit noch ein großes Betätigungsfeld. Meha.

Filmkarriere

Da sitzen die jungen Mädchen, die tagsüber Wäsche nähen, Zigaretten einpacken und an der Schreibmaschine klappern, mit ihren Freunden, die vielleicht schon arbeitslos sind, im Kino. Sitzen da stundenlang und starren auf die Leinwand, die ihnen für 50 Pfennige ein Stück Traumleben vorspielt. Diese vier-eckige weiße Fläche erfüllt alle in der Fabrik und im Büro ersehnten Träume. Hier haben sie alles, was ihnen Spaß macht, denn der Tag ist bitter und die Arbeit langweilig. Sie haben Chefs und Kollegen, mit denen es Ärger gibt, sie haben Sorgen über Lohnkürzungen und Entlassungen. Der Alltag ist häßlich, nackt und kahl. Und das Kino ist Erfüllung.

So sitzen sie da und vergessen ihr Schicksal, leben das Leben ihrer Filmhelfer, erleben Abenteuer und Heldentaten, die ihnen selbst nicht vergönnt sind. Sie wollen lächeln, sich amüsieren, und müssen ins Kino gehen, denn das Leben bietet dazu keinen Anlaß mehr. Sie bewundern „ihre“ Helden, beten sie an und vergöttern sie. Nur ihre Helden sind schön, wunderschön, und sind sie es nicht, nun, dann sind sie eben interessant. Sind sie häßlich, was bei den Filmsternen auch vorkommen soll, dann sind sie von einer ganz besonderen, einer der Allgemeinheit nicht zugänglichen Häßlichkeit. Jene gewisse Häßlichkeit, die sozusagen schön vor Häßlichkeit ist. Aber ihre Filmhelfer haben ein wundervolles Leben, sie brauchen weiter nichts tun, als zu lieben. Arbeiten brauchen sie nicht, nein, das könnte ihrer „Schönheit“ schaden. Vor lauter Überanstrengung lieben sie also den ganzen Tag. Ihre Liebe ist dauerhaft, unverwundlich, leicht, luft- und waschecht. Nun muß aber der Held oder die Heldin des Publikums auch noch anderen Lebenslagen gewachsen sein. Man zeige mir aber nur einmal die Situation, der ein Filmstern nicht gewachsen ist. So etwas gibt es überhaupt nicht! Sollte wider Erwarten doch etwas schief gehen, dann muß der Film eben so umgeändert werden, daß der Lieb-ling der Zuschauer wieder als Held dasteht. Ja, ja, die Harry Liedtkes und Greta Garbos haben es leicht; die schlüpfen in ihr Leben wie in eine Konfektion und verdienen obendrein noch einige Tausender.

Und diejenigen, denen das Schicksal an ärgsten mitgespielt hat, sind die überzeugtesten Anhänger dieses auf der Leinwand vorgegaukelten Lebens. Erst lassen sie sich von den Kapitalisten ausbeuten, und dann begeistern sie sich an den Trugbildern und Lügen, die ihnen von den Ausbeutern vorgesetzt werden. Wer füllt denn heute die Vorstadtkinos der Industriestädte? Das sind doch größtenteils nur Proletarier. Das sind alle jene Männer, deren Frauen durch das ärmliche Leben und die zermürbende Arbeit ihre Reize verloren haben, die sich für Filmschauspielerinnen begeistern, die ihnen, geschickt aufgemacht, vorteilhaft belichtet und retuschiert, als labergreif holden Weiblichkeit erscheinen. Und all die Frauen, deren Männer durch die Tretmühle des Kapitalismus in ihrem Innern vernichtet wurden, schwärmen mit Herzensinbrunst für Harry Liedtke. Die Fabrikarbeiterinnen sind es, die ausgebeutet und übermüdet, für einen Hungerlohn arbeitend, mit Greta Garbo nach dem „sonnigen Süden“ fahren, und die mit ihr herrliche Kleider und wertvolle Schmuckstücke tragen. Proletarier sind es, die sich die Lügen des Kapitals vorsetzen lassen und sie in sich aufnehmen.

Aber das Erwachen ist zu plötzlich. Der Tag ist zu brutal, er zerstört alle Lügen. Er vernichtet den Traum von Glanz, Karriere und Luxus. Der Unterschied zwischen Filmwelt und kapitalistischer Welt ist zu offensichtlich! Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es auch der geschicktesten kapitalistischen Filmpolitik nicht mehr gelingen, diesen Unterschied zu überbrücken! Maweia.

Die mitleidige Dame

Mitleid mit den Menschen und Liebe zu den Tieren sind auch in umgekehrter Reihenfolge keine unangenehmen Eigenschaften. Und wenn eine einsame würdige Dame, die sonst nichts zu „bemuttern“ hat, sich ein Kätschen anschafft, so braucht sie deswegen niemand zu verspotten. Niemand wird auch dagegen etwas einwenden können, wenn eine solche Dame das Gesetz, Richter und Staatsanwalt in Aktion treten läßt, wenn sie einen Fall von Tierquälerei — nach ihrer persönlichen Ansicht wenigstens — miterlebt. Aber:

Eine einsame würdige Dame, regelmäßige Kundin der Fischabteilung eines Warenhauses, sieht eines Tages, wie der Verkäufer für eine Käuferin einen Fisch abschuppt. Der Fisch schlägt mit dem Schwanz um sich. Die Dame ist einfach empört, macht ihrem mitleidigen Herzen Luft und — erstattet Anzeige wegen Tierquälerei.

Der Verklagte wendet vor dem Schöffengericht ein: der Fisch sei nach allen Regeln der Kunst tot gewesen. Ein Fischschverständiger bekundet in seinem Gutachten: auch einwandfrei tote Fische machen bisweilen noch Bewegungen; der Aal zum Beispiel tanze noch, wenn er schon in Stücken geschnitten sei; das Herz des Hechtes schlage noch nach dem Herausnehmen usw. — Der Tierquäler wird freigesprochen.

Jetzt aber kommt das Wesentliche: Die einsame würdige Dame, die zum Schutze des gerichtssittig tot erklärten, beim Abschuppen mit dem Schwanz wackelnden Fisches sich wütend einsetzte, ist Katzenfreundin, denn sie hat „ja sonst nichts zu bemuttern“. Und sie kauft jeden Tag in der Fischabteilung dieses Warenhauses 25 (fünfundzwanzig) Pfund Fischfleisch für ihre 54 (vierundfünfzig) Katzen, die sie in ihrem Hause „bemuttert“; denn sie hat ja nun einmal ein sooooo mitleidiges Herz!

Frage: Wieviel solcher Mitleidsköniginnen mag es in Deutschland geben? Hoeschen.

Wirtschaftlichkeit im Haushalt

Der „Hauswirtschaftliche Lehrdienst“ des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit bringt eine Reihe von handlichen Schriftchen zum Stückpreis von 50 Pf. heraus, die sich mit wichtigen Fragen der Hauswirtschaftlichkeit befassen. Für die Ratschläge und Belehrungen wurde die Form des Vortrags gewählt.

Das Heft 2 der Schriftenreihe enthält Ratschläge und Winke für die Auswahl von Kochgeschirren und Zubehör. Das Heft 3 behandelt die Normung in der Hauswirtschaft. Die in den beiden Heftchen enthaltenen Hinweise sind den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung nun zwar nichts Neues mehr. Gerade unsere Zeitung hat vom ersten Einsetzen der „Rationalisierungsbestrebungen für den Haushalt“ an die Leser immer und anschaulich über jeden Fortschritt unterrichtet. Nicht nur das. Sie hat auch Einwände dort erhoben, wo man im ersten Eifer übers Ziel hinausschoß. Sie hat auch dem diktatorischen „Man nehme . . .“ die Einschränkung entgegengehalten: . . . wenn man es kann!“

Denn gerade die Arbeiterfrau, die überlastete Hausfrau und Familienmutter mit dem kleinsten Wirtschaftsgeld, für die am allerersten alle Rationalisierungsmöglichkeiten erreichbar sein sollten, kann oft den wohlgemeinten, von eifrigstem Sparsinn zeugenden Ratschlägen nicht Folge leisten. Und wo sie es tut, weil sie in vielen Fällen dem Neuen und Praktischen vorurteilslos gegenübersteht als die noch immer sehr selbstgerechte bürgerliche Hausfrau, da muß es allmählich geschehen, weil hier ein Umsturz nicht Aufbau, sondern Ruin bedeuten würde.

Denn wenn wir noch gute und brauchbare Kochgeschirre besitzen, so müssen wir sie eben erst aufbrauchen, weil wir einfach nicht die Mittel haben, mit dem Alten radikal aufzuräumen, so gern wir an seiner Stelle das Neue sähen.

In kurzer Inhaltsübersicht geben wir aus dem Heft 2 einige Einzelheiten: Auf die Gemeinplätze, daß die bessere Ware immer die billigere ist, daß man schwerere Ware wegen ihrer Kostspieligkeit, leichtere wegen ihrer geringeren Widerstandsfähigkeit sorgsam behandeln muß usw., erübrigt es sich, einzugehen. Erfreulich ist der Hinweis, daß der Verwendungszweck für die Form, Güte und das Material des Kochgeschirrs maßgebend sein soll, nicht aber die Eignung etwa als Zierstücke. Wo eine Sache wegen ihrer Zweckmäßigkeit weggelassen werden kann, ist ihr gefälliges Äußeres zwar willkommen, aber nicht ausschlaggebend. Es wäre nur gut, festzustellen, wo hier die Geschmacksverderber früherer Zeiten zu-

suchen sind. Ich meine, eher in den Kreisen der auf Vielfältigkeit ihrer Typen eingestellten Hersteller, als in denen der Verbraucher. Die Hausfrauen haben schon immer über die schlecht zu reinigenden Henkelansätze, über Randwülste an Töpfen, über ihrem Verwendungszweck hohnsprechende Ausbunnen an Milchtöpfen geklagt. Nur hat es nichts genutzt, weil zweckmäßige Formen nicht hergestellt wurden.

Die neue Sachlichkeit, mit der die Fabriken für ihre Ware jetzt Reklame machen, ist nicht ein Geschenk von Herstellers eigenen Gnaden, sondern hauptsächlich seine wohlweisliche Anpassung an Forderungen der Hausfrauen.

Alle metallenen Geschirre haben eine gute Wärmeaufnahme, der Wärmedurchgang ist je nach der Wandungsdicke unterschiedlich. Material, das die Wärme langsamer aufnimmt, ist ein besserer Schutz gegen das Anbrennen der Speisen, hält auch die Wärmeausstrahlung länger zurück. Man wird also zweckmäßig Wasser zum Kochen im breiten, dünnwandigen Gefäß ansetzen, den Braten zum Schmoren im dickwandigen Schmortopf. Hülsenfrüchte kochen am besten langsam und gleichmäßig im dickwandigen Topfe gar. Breite Töpfe sind immer vorteilhafter; bei beschränkter Fläche der Herdplatte ist das „Turmkochen“ zu empfehlen. Daß wir Tongeschirren und feuerfestem Porzellan und Glas nur gleichmäßige, langsame und nicht zu starke Erhitzung zumuten dürfen, ist ja allgemein bekannt.

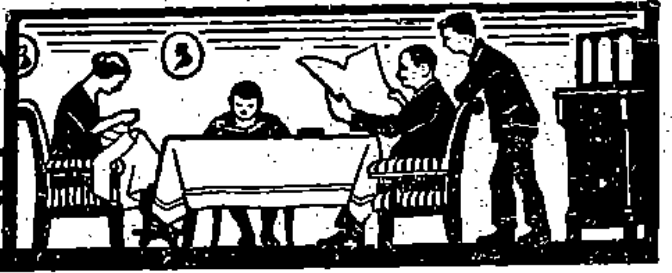
Einige Winke hinsichtlich des Kochens mit Gas und Elektrizität sowie des Reinigens der verschiedenen Arten von Kochgeschirren bringen zwar nichts Neues, aber Bewährtes und Bekanntes in übersichtlicher Zusammenstellung. Vor Aufbewahrung von Speiseresten im Kochtopf wird, weil wenig appetitlich, unter Umständen sogar gesundheitsgefährdend, dringend abgeraten. Endlich erfahren noch die Topfdeckel, Henkelgriffe und die Rührgeräte eine besondere Besprechung, deren Einzelheiten bereits übergreifen auf den Inhalt von Heft 3, in dem, wie erwähnt, die „Normung in der Hauswirtschaft“ behandelt wird.

„Normung ist Vereinfachung, schafft Ordnung, spart Zeit, Geld und Ärger“ — das ist der Leitspruch dieses Vortrags. Auch hier sagt die Verfasserin unseren Lesern nichts Neues. Denjenigen Hausfrauen aber, die bisher nichts davon gewußt haben, was Normung ist und bezweckt, geben Beispiele ein anschauliches Bild.

Immer vorausgesetzt, daß die Notwendigkeit (beim Einrichten neuer Haushaltungen) es rechtfertigt, daß man auf Vorhandenes



Familie und Heim



Die Internationale in der Küche

Russischer Kaviar, schweizer Käse, skandinavische Sardinien, brasilianischer Kaffee, französischer Wein und spanische Datteln: das sind alles wunderschöne Sachen. Sie veranstalten eine regelrechte Internationale im Magen des Genießers, denn sie kommen ja alle aus dem Ausland; doch das macht weiter nichts. Gefährlich ist diese Internationale für den Genießer immer nur dann, wenn sie der Arbeiter für sich in Anspruch nimmt.

Die geplagten Herren werden von einer Frage heftig bewegt: Wie kann man den gefährlichen Gedanken der Internationale aus den Köpfen der Arbeiterschaft herausbringen. In den herrschenden Kreisen rechnet man ja immer noch mit einem großen Maß von Beschränktheit bei der Arbeiterfrau. Man hält sie für etwas geistig minderwertig. Allerdings werden sie in diesem Glauben durch die Tatsache bestärkt, daß unzählige Arbeiterfrauen heute noch und oft hinter dem Rücken des Mannes sich bürgerliche Zeitschriften halten. Hieraus erfährt die Frau von der fluchwürdigen „internationalen Durchsetzung“ der Konsumvereine; hier erhält sie eine schiefe Darstellung der wirtschaftlichen Notlage des Mittelstandes, den auch sie unterstützen müsse, wenn das Vaterland nicht zugrunde gehen sollte. Und die Arbeiterfrau glaubt das alles nur zu gerne darum, weil sie sich heimlich selber zum Mittelstand gehörig rechnet, denn ein Verwandter von ihr ist doch bei der Post.

Auch mit dem Plakat versucht man, das nationale Gefühl der Arbeiterfrau aufzukitzeln. „Deutsche eßt deutsches Obst!“ So lese ich im Obstgeschäft. Da flötet eine Dame hinter mir, indem sie auf das Plakat zeigt: „Ich kaufe nur deutsche Waren; über meine Lippen ist noch nie eine Banane gekommen, und Apfelsinen kaufe ich grundsätzlich nicht.“ Es gibt Dinge, gegen die Götter selbst vergebens schon gekämpft haben sollen, darum habe ich mich mit dieser Schwatzliese in keine Unterhaltung eingelassen. Diese Sorte Leute mit dem nationalen Brett vor dem Kopf gibt es heute laut Wahlergebnis millionenfach. Ganz im Ernst behaupten sie, daß wir im Kriege sehr wohl ohne das Ausland ausgekommen seien. Die vielen Kriegsgefangenen hätten uns nur alles aufgegessen; die seien von den allzu menschlichen Deutschen geradezu dick und fett gefüttert worden. Herrlich habe Deutschland es in dieser großen Zeit bewiesen, wie leistungsfähig es sein könne, mit wie bescheidenen Mitteln seien wir doch damals ausgekommen! Ach, aber die große Zeit sei vergessen. Unbescheiden seien wir geworden. Aber, was stelle die Arbeiterschaft heute auch für Ansprüche! Da müßten Apfelsinen auf den Weihnachtstisch, und Ärzte empföhlen gar Bananen für die Säuglinge. Empörend sei so etwas.

Wir Arbeiterfrauen wissen sehr wohl, wie wir über den Krieg gekommen sind. Wer von uns erinnerte sich nicht mehr des schrecklichen Hungerkriegs, des unheimlichen Schlangestehens nach Nahrungsmitteln? Wie mancher Proletarier, wie manche Frau ist damals den qualvollen, langsamen Hungertod gestorben. Wen die Mordwaffe auf dem sogenannten Felde der Ehre verschonte, den packte mit grausamer Unerbittlichkeit der Hunger. Wir wissen noch, wie die Säuglinge starben, wie die Halbwüchsigen in der Entwicklung stehen blieben und Schwindsuchtskandidaten wurden. Können wir uns noch besinnen auf den hohnvollen Spruch vom Durchhalten, der uns alle Tage und immer wieder auf den Hungertisch zog aus den Kellern und Federn derer, die sich hinterherum das verschafften, was dem Proletarier vorenthalten wurde? Die Kriegsgefangenen aber, denen die Schuld am Mangel zugeschoben wird, die hatten hier bei uns wahrhaftig kein Zuckerlecken. Für einen Schandlohn von 30 Pf. den Tag mußten sie in der Landwirtschaft arbeiten, und der patriotische Gutsbesitzer bekam außer der billigen Arbeitskraft vom hungernden Staat auch noch ein tägliches Verpflegungsgeld von 60 Pf. für jeden Kriegsgefangenen. Auch diese Herren sind gut durch den Krieg gekommen. Sie haben keinen Mangel gelitten, sie haben ihr Schäfchen ins Trockene gebracht, für sie waren es herrliche Zeiten. Für sie war der Krieg tatsächlich die „große Zeit“ — groß im Verdienen.

Warum aber mußten wir hungern? Weil wir abgeschnitten waren vom Weltmarkt. Der Krieg hat es uns deutlich genug gezeigt, daß wir ohne die anderen Länder gar nicht auskommen können. Wir würden dem langsamen Verhungern preisgegeben sein, wenn wir allein auf uns angewiesen wären. Wir würden in unserer gesamten Kultur zurückbleiben, wenn uns zum Beispiel Baumwolle, Metalle, Kautschuk usw. der andere Länder fehlen würde.

Die Arbeiterschaft hat die Internationale in der Küche wirklich nicht erfunden. Die Feinschmecker haben sich die Leckerbissen aller Länder von jeher schon zu verschaffen gewußt. An der Tatsache dürfen gerade die proletarischen Hausfrauen nicht vorübergehen, daß die „Stützer der Gesellschaft“ die ausländischen Delikatessen den einheimischen, besonders bei ihren festlichen Gelegenheiten, vorziehen. Wer von uns einmal in einem Herrschaftshaus in Stellung war, wird das aus eigener Erfahrung wissen.

Was wollen die Leute denn überhaupt? Die glauben doch selbst nicht ernsthaft daran, daß man etwa das Einheimische mit überwältigender Vorliebe auf Grund der schönen Plakate gekauft würde. Der garantiert deutsche Blumenkohl ist in den meisten Fällen holländischer Abkunft, und das amerikanische Obst ist auch still, wenn es als deutsches verkauft wird. Wenn der Käufer betrogen sein will: der Geschäftsmann wird der letzte sein der seinen Kunden nicht entgegenkommt.

In Wirklichkeit sagen die Plakate etwas ganz anderes, als was ihre Hersteller wirklich meinen. Es soll im Kopfe der kaufenden Hausfrau ein beschränktes Denken zu-

rückgezaubert werden, und zwar mit der nationalen Phrase. Mit der nationalen Phrase hat sich das Volk bisher noch immer am leichtesten fangen lassen. Die Fabrikanten aber fahren schön in ihren amerikanischen Automobilen, sie tragen englische Stoffe, und ihre Festtafel strotzt von ausländischen Leckerbissen. Ihr Vaterland ist die Welt. Dem dummen Pöbel gönnen sie die Grenzen, denn für sie selbst öffnet das Geld alle Schranken. Sie predigen Liebe zur Nation selbst in der Obstreklame, und die „breite Masse“ hält ihren breiten Rücken hin, auf dem diese Leute mit ihrer ganzen Sippschaft ein schlemmerhaftes Dasein führen können. Sie wollen allein und ungestört genießen darum müssen sie das Denken der „unteren Schichten“ von sich ablenken. Darum versuchen sie, ihnen etwas anderes zu denken zu geben.

Dort drüben aber, in England, in Frankreich, in Polen und überall in der Welt, da wohnen geknechtete Menschen, Proletarier genau wie wir. Denen wird ebenfalls die blöde Mär vom alleinigen Wert der eigenen Nation vorerzählt, in deren Grenzen sie zufällig geboren sind. Proletarier sind es wie wir, die dort die Apfelsinen pflücken und die Zitronen verpacken. Auch sie seufzen unter dem Kapitalismus, auch über ihnen schwebt das Gespenst des Hungers, das Schwert des Krieges. Auch sie leben ohne Freude. Aber denen sollen wir uns nicht zugehörig fühlen, wir sollen sie als unsere Feinde betrachten, damit die Herren in ihrem Besitz nicht gestört werden.

Hildegard Kowalkowsky.

Hochzeitslied

Verzeiht euch täglich hundertmal,
Dann wird's schon richtig werden.
Und dann habt ihr schließlich doch noch mal
Den Himmel auf der Erden.

Wir sind alle arme Sünder zumal
Und schon lang nicht mehr gute Kinder,
Aber verzeiht euch täglich hundertmal,
Dann habt ihr Frühling im Winter.

Und später, wenn ihr älter seid,
Dann wird all dies schöne Verzeih'n,
Und dies ganze Malheur und dies ganze Leid
Ein Kinderlächeln sein . . .

Jakob Haringer.

(Aus „Abschied“ Paul Zolnay Verlag, Berlin-Wien.)

Das Grabkreuz

In Stettin traf ich ihn wieder. Gerade hatte mich ein kleines Dampfchen vom freundlichen Swinemünde über das Haff und die Oder hinauf nach dem Anlegeplatz nahe dem Bahnhof gebracht. Da war ein heruntergekommenen Hafenarbeiter am Werk, der das an Land geworfene Tau auffing und unser Schifflein vertäute, um dann gegen sofortige Barzahlung beim Löschen der geringen Fracht behilflich zu sein.

Der Mensch war mir aufgefallen. Den kannte ich doch? Eine Weile mußte ich warten, ehe ich Gelegenheit hatte, ihn anzusprechen. Meiner Sache sicher, meinte ich gleich: „Hör' mal, wo haben wir uns denn schon gesehen? Ich bin aus Wilhelmshaven.“ Der Hafenarbeiter erwiderte: „Mensch, meinste, ich hätt' dich nicht erkannt? Du weißt wohl nicht mehr, daß Fritz Huismann vor sechs Jahren verschwinden mußte?“

Also doch. Er war es. Mein Schulkamerad Huismann, dessen Verschwinden damals Anlaß zu vielen Gerüchten gegeben hatte und doch niemals verstanden worden war. — „Du siehst nicht gut aus“, meinte ich. Er gab mir zur Antwort: „Komm, laß uns man abhau'n; hier ist für mich heute nicht mehr zu verdienen.“ Als ich ihn in eine anständig aussehende Wirtschaft gelotet hatte und zu essen bestellte, wollte er nicht mittun. „Wie kann ich hier essen, wo meine Frau wartet und es nicht so gut hat?“ Das auch noch! Wenns weiter nichts wäre, meinte ich, die lassen wir holen.

Unangefordert, dankbar die angebotene Zigarre ergreifend, legte der Wiedergefundene los. „Du möchtest wohl wissen, wie ich in diese Lage gekommen bin? O, man gewöhnt sich daran, aus Hunger und aus schlechte Zahnsache. Ein bißchen Glück, wenn man so sagen will, reicht, um nicht Hops zu gehen. Ja, ich mußte von einer Wasserkranke verschwinden. Man war sogar noch verdammt gnädig mit mir, ich hatte gestohlen und wurde erwischt . . .“

Mein Mädel war herzensgut und hatte Courage. Wir mußten heiraten, wie man so schön spricht, wenn das Kind schon vor der Heiratsurkunde unterwegs ist. Um allen Verwandtenklatsch abzuwenden, sagte ich zu, obwohl noch ungeheuer viel mehr gestiehlt wurde, als der kleine Bengel schon nach sechseinhalbmonatiger Ehe da war. Daß doch noch so wenige Mädel Mut zum unehelichen Kinde haben! . . .

Schlüsseln war nur, daß der Knirps die Ursache zu meinem Unglück werden sollte. Vielleicht hast du es damals gehört. Er starb knapp vier Monate alt. Wir trugen in einem winzigen Sarge unsere Lebensfreude auf den Friedhof. Fast hätten mich schon die Tränen meiner Frau aus dem Hause getrieben. Ein Frühling und ein Sommer — so bei kleinem begannen wir zu vergessen. Wir lebten immer besser. Dann mahnte der Herbst an den Todestag des Jungen. Er erinnerte uns auch daran, daß die Holztafel auf dem Grabe doch gar zu dürftig ausschaute. Was tun? So dicke hatten wirs damals alle nicht. Ich machte mich dann, heimlich im Betrieb ein Kreuzlein zu schmieden. Menschenskind, ich konnte trotz dreimal vertieftester Arbeitsordnung nicht lassen.

Mein ganzes Können kam in dem kunstgeschmiedeten Stück zum Ausdruck. Du weißt, wir haben immer für Kriegsschiffe gearbeitet. Was konnten wir schon im Staatsbetrieb viel an Feinarbeit lernen! Aber was hier für meinen toten Knirps heranzuwachsen, das war eine Schmiedearbeit, die in der ganzen Werkstatt Bewunderung erregt hätte. Nur zwei Kollegen wußten davon. Es waren anständige Kerle. Sie wollten mich später sogar noch ansprechen.

Meinen Tom hab' ich immer geleistet. Alle Arbeit ist fertig geworden. Ich schaffte eben schneller, um Freizeit für mein verbotenes Kreuz zu haben. Das Eisen dazu hätte keine vier

Mark gekostet. Jedenfalls wurde das Ding fertig. Schmuck und sauber. Und eine prächtig ausgehobene Tafel besagte, daß hier der kleine Liebling Rolf Huismann nach viermonatigem Erden-dasein in Frieden ruhe . . .

Gepfuscht wurde bei uns oftmals. Das war bekannt. Das schlimmste war ja immer, das Arbeitsstück an der Betriebspolizei vorbei durchs Tor rauszubringen. Ich verschob das von Tag zu Tag. Angst saß mir in den Knochen. Und es kam, wie ichs geahnt hatte. Vierundzwanzig Stunden vor dem Todestag mußte ich das Kreuz doch mitnehmen. Die wiedergewonnenen Dreistigkeit und Zuversicht halfen nichts, Mensch, man krallte mich!

Der Erzählende griff meinen Arm, daß es schmerzte. „Stell dir vor: Man faßte mich mit Staatseigentum, das ich zum Ehrenstück für mein Weib und mich verarbeitet hatte. Rin in die Wachstube! Untersuchung, Protokoll. Ich unterschriebs mehr als lebend, unterschrieb eine Urkunde, die mich zum Diebstempelte.“

Es war grausam. Wie konnte ich nach Hause an diesem Abend! Ich betrank mich. Ging die Nacht planlos hierhin und dorthin. Hatte es da noch einen Zweck, am frühen Morgen mit wirrem Schädel zur Arbeit zu gehen? Ich wagte es nicht.

O, man war nobel. Die Papiere hatte ich bald in Händen. Aus menschlichen Gründen, so sagte man mir durch den Betriebsrat, wolle man von einer Strafanzeige absehen . . .

So wurde meine Existenz vernichtet. Ach, und erst die Verwandten! Hilfesuchend wandte ich mich an einen hier in Stettin. Nischt zu machen! Wie sollte ich da, wo man jeden Tag neue Leute auf die Straße schmiß, wieder unterkommen?

Die Mutter dieses in einer so herrlichen Stunde gewordenen Unglücksjungen mußte mir nun den Beistand leisten, den ich ihr das Trauerjahr hindurch gewährt hatte. Sie ist mein einziger Trost. Gottseidank! Wegen ihr komm' ich doch noch raus aus diesem Bruch, in dem du mich hier siehst . . .“

Die Frau trat zu uns. Sie mußte merken, was er erzählt hatte. Der Lebenskampf hatte deutliche Spuren in ihr Gesicht gezeichnet. Spät am Abend habe ich mich beschämt von ihnen getrennt — weil ich nicht helfen konnte. Max Dutke.

Der „Herr“ Buchhalter eine Frau

Frau Marie war die Gattin eines Kaufmanns in Köslin in Pommern. Der Ehe waren bereits zwei Kinder entsprossen, als ungünstiger Geschäftsgang den Mann zum Selbstmord trieb. Der Konkurs war durchgeführt und die junge Frau stand ohne einen Pfennig mit ihren beiden Kleinen verlassen und hilflos da. Nun hieß es Arbeit suchen. Aber es wollte sich keine finden. Doch Frau Marie verzagte nicht. Sie kam auf einen abenteuerlichen Gedanken. Als Mann wollte sie sich hinfort durchs Leben schlagen. Sie zog Männerkleider an, nannte sich Friedrich — und bald glückte es ihr, tüchtig und fleißig wie sie war, einen Posten als erster Buchhalter in einem großen Geschäftshaus zu finden. So schien denn ihre und die Existenz ihrer Kinder gesichert.

Die junge Frau, die sich Friedrich nannte, erfreute sich bald der Achtung ihres Chefs, der ihre hervorragenden Leistungen schätzte. Aber das Unheil nahte, vom Zufall geleitet. Eines Tages glitt „Friedrich“ im Magazin aus, wurde ohnmächtig — und der zur Hilfe herbeispringende Sohn des Chefs entdeckte, daß sein tüchtiger Buchhalter — eine Frau war. Der Jüngling versuchte geschlechtliches Kapital aus der Schlinge zu schlagen. Als Friedrich-Marie aber tapfer seinen erpresserischen Annäherungen widerstand, da offenbarte er aus Rache alles dem väterlichen Chef. Die Folge war Mariens fristlose Entlassung wegen groben Vertrauensmißbrauches, und außerdem erstattete der Kaufmann eine Anzeige wegen Betruges.

Nun stand die arme Frau Marie vor den Kösliner Schöffen, weil sie, wie es in der Anklage hieß, „sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Vermögensvorteil verschafft habe“, dadurch, daß sie sich als Mann ausgegeben habe. „Denn sie erreichte dadurch“, hieß es, „einen höheren Gehalt, als sie als Frau erhalten hätte . . .“

Das Gericht schloß sich aber erfreulicherweise dieser Anschauung der Anklage nicht an. Marie wurde freigesprochen, und zwar mit der Begründung, daß sie die Arbeit so erledigt habe, wie sie ein männlicher Buchhalter habe erledigen müssen. Es sei ihr jede Schädigungsabsicht ferngelegen — und ein Schaden sei ihrem Chef auch nicht erwachsen, höchstens ein Nutzen, weil er eine erstklassige, vertrauenswürdige Kraft in seinem Geschäft gehabt habe.

Dies ist die wahre Geschichte — und sie gibt zu denken! Die Frau hat ihre Arbeit genau so wie ein Mann erledigt; sie ist eine erstklassige Kraft — tut nichts, stillschweigende und als vollkommen selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die Frau, mag sie sein und arbeiten wie sie will, doch nicht jenes Gehalt bekommt wie ein Mann, sondern ein niedrigeres. Und wenn dann eine Frau diese ungerechte Ungleichheit zu korrigieren versucht, dann wird es als Betrug betrachtet. Glücklicherweise hat diese Frau vor einem vernünftigen Gericht gestanden. Was aber dann, wenn sie an Richter gekommen wäre, die — wie Chef und Staatsanwalt — im Banne des uralten Vorurteils gestanden hätten, daß Frauennarbeit die weniger wertvolle und die Frau ein Mensch zweiter Güte ist!

Diese Eine hat sich behauptet; wieviele Frauen leiden aber noch unter der falschen Einschätzung ihrer Arbeit? Hier eröffnet sich ein großes Feld der Aufklärungsarbeit, damit die alte Forderung: für gleiche Arbeit gleichen Lohn, endlich aus der Theorie in die Praxis übersetzt werde. Phönix

Heimweh

Ein junger Mann trat in ein Wirtshaus und ließ versehentlich die Tür offen. Ein in der Nähe sitzender Herr mit etwas bäuerischen Manieren schrie ihn an: „Können Sie nicht die Tür zumachen? Oder sind Sie etwa im Stall groß geworden?“

Ohne ein Wort zu sagen, ging der junge Mann zur Tür, schloß sie und kam wieder zurück. Er setzte sich an einen Seitentisch und fing herzerbrechend an zu weinen. Dem groben Herrn wurde es etwas unbehaglich zumute. Er fragte schließlich ganz kleinlaut: „Aber was fehlt Ihnen denn? Ich wollte Sie ja nicht beleidigen!“

„O nein“, erwiderte schluchzend der junge Mann, „das ist es auch nicht! Aber ich bin wirklich in einem Stall groß geworden und bekomme solch furchtbares Heimweh, wenn ich einen Esel schreien höre!“

Im Examen

„Nennen Sie mir Stoffe, die Stärke enthalten?“ — „Zwei Manschetten und ein Stehkragen!“

Man kann nie wissen

Jenny: „Berta bekommt nun doch noch einen Mann. Ein Schlangenmensch hat ihr versprochen, sie zu heiraten.“

Fritz: „Glaubst du nicht, daß er sich noch herauswindet wird!“



Blutreinigungskuren

Die sogenannten blutreinigenden Mittel sollen den Zweck haben, das Blut, besonders bei allgemeinen Erkrankungen, von schädlichen Stoffen zu befreien. Der Zweck dieser Kuren, welche in der Volksmedizin, besonders auf dem Lande, noch eine gewisse Rolle spielen, sollte der sein, den Körper, das Blut und die Verdauungswege nach überstandener Winter zu „reinigen“.

Als Hausmittel haben sich bis heute folgende Kuren erhalten: In Auszug aus der Wurzel des Brombeerstrauches (Extraktum raspae) mehrmals täglich zu 0,3 bis 1,2 Gramm bei Skrophosen und Lues. Ferner als Volksmittel ein Tee, bestehend aus etwa 15 Gramm Löffelkraut (Herba Cochleariae) auf 100 Gramm Wasser; ebenso als Volksmittel Stiefmütterchen (Herba Violae tricoloris) innerlich zu 1 bis 5 Gramm als Tee, besonders bei jugendlichen und skrophulösen Kindern. Die Klettenwurzel (Radix arduanae) als Tee zu 10 Gramm auf 100 Gramm Wasser gewöhnlich in Verbindung mit anderen blutreinigenden Mitteln. Gefährlich besteht die „Wirkung dieser blutreinigenden Mittel“ in leichtem Abführen, Schwitzen oder etwas reichlicherer Harnabscheidung.

Die Frühlingskuren haben das Ziel einer vermehrten Harnausscheidung oder gelinden Abführung. Die Pflanzen, welche zu diesen Kuren Verwendung finden, enthalten in der Regel Bitterstoffe, Kaliumsalze oder Zucker. Die gebräuchlichsten sind: Brunnenkresse (Nasturtium officinale) als Kressensatz, Schafgarbe, Löwenzahn (Herba Trifolii fibrini), Petersilie und als Zuckerzusatz der Saft der Möhre (Daucus carota). Wenn nicht der Aufguss getrunken wird, so wird der frisch ausgepresste Rütersaft morgens nüchtern für sich allein oder in Milch oder gleichen in Mengen von 20 bis 100 Gramm eingenommen. Auch Obstsaft wird zu Kräuterkuren verwendet und zuweilen werden auch stärker wirkende Drogen gebraucht.

Heute sind die Frühlingskräuterkuren in den Hintergrund gedrängt durch Mineralwässer, welche abführend wirken und die Harnausscheidung vermehren. Die alkalisch-salinischen Quellen (Glaubersalz) werden angewandt bei Blutstockungen im Unterleibe. Bei übermäßiger Fettigkeit sind die Glaubersalzwässer, und zwar besonders die gehaltreichen kalten Glaubersalzwässer, ein mildes und sicheres Bekämpfungsmittel. Selbst dann noch, wenn eine Vermehrung des Fettes auf der Herzoberfläche und in der Umgebung des Herzens angenommen werden muß. Sogar Versteinerungen der Galle gehen unter dem Gebrauch dieser Wässer ab, entweder durch chemische Einwirkung oder infolge Vermehrung der Gallenabsonderung. Ebenso sind die Glaubersalzwässer angezeigt bei Versteinerungen in den Harnwegen, besonders wenn die harnsaure Krankheitsbereitschaft (Diathese) zu Gelenkentzündungen (Arthritis) führt hat.

Die alkalisch-salinischen Quellen verdanken ihre Hauptwirkung dem Gehalt an schwefelsaurem Natrium (Glaubersalz). Außer den gewöhnlichen Bestandteilen der alkalischen Säuerungen enthalten sie meist noch kohlensaures Eisenoxydul in beträchtlicher Menge. Durch den Gehalt an schwefelsaurem Natrium wird der Darminhalt verflüssigt, schneller befördert und die Darmtätigkeit angeregt, aber gleichzeitig wird auch durch die anderen Bestandteile dieser Mineralwässer verbesernd einwirkt auf die anormalen, sauren Gärungsprozesse im Magen. Bei mäßigem Gebrauch dieser Wässer erfolgt Fettverminderung, und daß die Muskulatur an der Abmagerung teilnimmt, und daß der Appetit, die Verdauung oder das Allgemeinbefinden herabgesetzt werden. Zu den kalten alkalisch-salinischen Quellen gehören u. a. Elster, Franzensbad, Marienbad usw., die warmen: Bertrich, Karlsbad usw.

Alle Mineralwässerkuren werden am zweckmäßigsten am Ort der Quelle ausgeführt. Für die Hauskur verwendet man am besten die Originalwässer, welche auf den leeren Magen eingenommen sollen, so daß erst eine halbe bis eine Stunde nachher Nahrungsaufnahme erfolgen darf. Die schleimlösende Eigenschaft der Mineralwässer tritt bei Trinkkuren meist ebenso gut Erscheinung wie bei Vornahme von Magenspülungen. Je nachdem, ob man auf den Darm beruhigend oder anregend wirken will, wird die Temperatur des Wassers wärmer oder kälter gewählt.

Die verdünnten Salzlösungen der Bitterwässer verursachen bei längerem Verweilen im Magen und beim Vorhandensein größerer Mengen leicht Störungen der Magentätigkeit. Da bei entzündeten Magen in Folge Ruhe und horizontaler Lage der Mageninhalt in den Darm erschwert ist, so dürfen die salinischen Abführmittel in diesen Fällen nur mit einer Vorsicht gebraucht werden. Es ist dafür zu sorgen, daß die Salzlösung sobald wie möglich den Magen verläßt; man erreicht dieses Ziel zum Beispiel durch den üblichen Spaziergang. Ist der Darmkanal selbst Sitz einer entzündlichen Erkrankung, so kann durch die schwache Reizung des Glaubers- und Bittersalzes die Entzündung gesteigert werden.

Unter den sogenannten Geheimmitteln gibt es eine Reihe von Pulvern und Teesorten, welchen von den Fabrikanten eine blutreinigende Wirkung zugeschrieben wird. Wie bereits gesagt, handelt es sich meist um eine leicht abführende Wirkung oder um Mittel, welchen eine geringe Schweiß treibende oder Harnausscheidende Eigenschaft zukommt. Der Hersteller des Blutreinigungspulvers Hohl's gibt als Zusammensetzung der abführenden Pulver an: Goldschwefel, Sarsapillwurzel, Guajakholz, Stiefmütterchen, Ringelblume und Schafgarbe; Schützens Blutreinigungspulver hat nach Angabe des Herstellers die Zusammensetzung: Magnesiumkarbonat, Natriumkarbonat, Kochsalz, Bittersalz, Wisnutaalicylit, Lithiumkarbonat, Weinsäure. Der Blutreinigungstee Wilhelms besteht gemäß der vom Hersteller angegebenen Zusammensetzung gar aus 21 Drogen, darunter Sennesblätter, Chinarinde, Sarsapillwurzel, Fenchel und Mandelholz. Den Geheimmitteln geht zum Teil jeder arzneiliche Wert ab, oder es wird durch gleichzeitig geforderte Diätvorschriften ein gewisser Nutzen entfaltet. Enthalten sie wirksame Arzneistoffe in wirksamen Mengen, so ist der Gebrauch auf längere Zeit ohne sachverständige Überwachung nicht zu empfehlen. Abgesehen davon, daß das Mittel nach Stärke oder Länge verschieden ist, fehlt den Kuren mit Geheimmitteln jede Unterscheidung nach dem Verhältnis der erkrankten Person. Es widerstrebt allem wissenschaftlichen Denken und auch dem gesunden Menschenverstand, wenn Mittel als Universalheilmittel angepriesen und vom Publikum gebraucht werden.

Dr. med. Max Grünwald, Dortmund.

Das Übergewicht der Neigungen entschuldigt den Menschen nicht, daß er nicht Herr seiner selbst ist; er soll seine Kraft gebrauchen lernen, die in der Vernunft besteht. Widerstände nur gleich anfangs unregelmäßigen Leidenschaften, und du wirst fähig werden, das Ungeheime auch der rasendsten zu zügeln. Gottfried W. Leibniz.

Von Schlaf und Schlaflosigkeit

Das ganze Leben auf unserer Erde ist auf einen Wechsel zwischen Arbeit und Ruhe aufgebaut. Im Pflanzen- und Tierreich folgt der Lebensbetätigung regelmäßig ein Ruhezustand. Im Winter „schläft“ die Natur. Der Mensch arbeitet am Tage, nachts soll er ruhen und in einem gesunden Schlaf neue Kräfte für den folgenden Tag sammeln. Fanatiker haben versucht, ohne Schlaf auszukommen, sie mußten bald erkennen, daß der Schlaf sein Recht verlangt. Der Mensch kann selbst mit äußerster Willensanstrengung kaum eine einzige Nachtruhe entbehren, er ist am anderen Tage nicht voll arbeitsfähig, sondern müde und abgespant. Schlaf vor Mitternacht zählt doppelt. Wir alle haben es an uns empfunden, bei abendlichen Festlichkeiten, die bis zum anderen Morgen dauerten. Noch vor Mitternacht wird es in der sonst so lustigen Gesellschaft merklich ruhig, die Stimmung läßt nach, ein Gähnen wird mehr oder weniger unterdrückt, der Schlaf macht sich bemerkbar. So dauert es eine Weile, dann flackert die alte Stimmung wieder auf, die erste Ermüdungswelle ist überwunden, bis gegen Morgen eine zweite Ermüdungswelle zum Schlaf zwingt. So erscheint bei unserer Lebensweise allabendlich vor Mitternacht die erste Ermüdungswelle, die dem Menschen zeigen will, daß jetzt die Zeit des Schlafens gekommen ist. Der Mensch, der die Gesundheit hüten und pflegen soll, dürfte nicht immer gegen solche Naturlehren verstoßen. Auch die Gewohnheit, den Nachtschlaf durch einen Mittagsschlaf ersetzen zu wollen, ist falsch, während eine kurze Mittagsruhe wohl zu empfehlen ist.

Man hat vielfach versucht, eine bestimmte Stundenzahl für den Schlaf festzusetzen. Sechs Stunden Schlaf genügen, ist im Volke viel verbreitet, eine Ansicht, die für die meisten Menschen nicht zutrifft. Ich habe immer gefunden, daß eine Nachtruhe von acht bis zehn Stunden für die Gesundheit, Lebendigkeit und Frische das Richtige ist, zumal für unsere heutige abgehetzte, nervöse Welt. Die beste Schlafenszeit ist ungefähr von abends zehn bis morgens um sechs Uhr.

Nun gibt es viele Menschen, die behaupten, abends vor 12 Uhr nicht einschlafen zu können. Einige Regeln sind zu beachten; keine geheizten, sondern frisch gelüftete Schlafzimmer, keine warmen Oberbetten, aber auch nicht zu kalt schlafen, nicht viel trinken, früh abendessen, täglich zu einer bestimmten Zeit ins Bett gehen mit dem festen Willen, schlafen zu wollen. Der Wille zum Schlafen fehlt vielen, ich empfehle, ins Bett gehen, die Augen schließen, alle Tagesgedanken ausschalten und mit festem Willen sich konzentriert auf den Schlaf einstellen. Auch sind einige Hilfsmittel erlaubt, regelmäßig vor dem Schlafengehen einen Spaziergang machen, dabei tief ein- und ausatmen, einen Apfel essen — auch zur Mundreinigung sehr zu empfehlen —, im Bett etwas Lesen bei gutem Licht usw. erleichtern das Einschlafen. Meistens sind es nervöse Menschen, die abends nicht einschlafen können, für diese ist das Frühaufstehen ein Heilmittel. Man findet immer wieder, daß die Morgenarbeiter abends schnell einschlafen und auch die ganze Nacht gut durchschlafen. Auch müssen nervöse Menschen wissen, daß es eine absolute Schlaflosigkeit nicht gibt; der Körper ruht immerhin, wenn der Mensch entspannt und ausgestreckt liegt. Wir unterscheiden einen Körperschlaf und einen Gehirnschlaf, die meistens beide zusammenklagen, bei Störung des letzteren kommt es vielfach zu Träumen, die, wenn sie mit Angst- und Schreckvorstellungen einhergehen, oft äußerst störend wirken und keine genügende Nachtruhe zulassen. Diese Menschen gehören in ärztliche Behandlung, falsch ist es jedenfalls, auf alle Mittelchen zu hören, die durch die Presse oder von Mund zu Mund empfohlen werden, der Arzt ist all dieser Menschen bester Helfer. Niemals soll man planlos ohne ärztliche Verordnung Schlafmittel nehmen. Sie müssen in immer stärkerer Dosis genommen werden und wirken deshalb schädlich, auch bringen Schlafmittel niemals einen gesunden, natürlichen Schlaf.

Ein tiefer, ruhiger Schlaf ist äußerst gesund und bei den vielen Bestrebungen, dem Volke eine hygienische Lebensweise zu vermitteln, wird die gesündende Bedeutung des Schlafes zu wenig gewürdigt. Man hat den Schlaf vielfach einen Schönheitsschlaf genannt, in der Tat, schlaflose Nächte und Müdigkeit am Tage sind zerstörend für Körper, Geist und Seele. Ein natürlicher Schlaf ist der Menschen größter Wohltäter. Dr. med. Sauer.

Leichtbeschädigte und Zusatzrente

Im Rahmen der Sparmaßnahmen, die das Gebiet der Versorgung der Kriegbeschädigten berühren, ist auch vom Reichsarbeitsminister die Gewährung der Zusatzrente an Leichtbeschädigte beabsichtigt worden.

Wie uns der Pressedienst des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener hierzu mitteilt, bestehen vielfach Zweifel über die jetzt geltenden Bestimmungen, die wie folgt geklärt werden sollen: Nach der jetzt gültigen Fassung der gesetzlichen Bestimmungen kann die Zusatzrente den Leichtbeschädigten nur noch dann gewährt werden, wenn sie sich in Heilanstaltspflege befinden und Hausgeld beziehen.

Auf Grund der Härtebestimmungen ist jedoch noch vorgesehen, daß die Zusatzrente außerdem erhalten können, wenn sie sich wegen ihrer Dienstbeschädigung einer Heilbehandlung unterziehen müssen, aus diesem Grunde im Sinne der Reichsversicherungsordnung arbeitsunfähig sind und ohne allen Zweifel nur deshalb aus ihrer Arbeitsstelle entlassen worden sind. In diesem Falle ist die Zusatzrente vom Zeitpunkt der Entlassung an bis zur Aufnahme einer neuen Arbeit, höchstens aber für die Dauer von drei Monaten, zu zahlen, jedoch sofort zu entziehen, wenn der Beschädigte nicht mit allen Kräften bemüht ist, jede geeignete Arbeitsgelegenheit auszunutzen. Neben Arbeitslosenunterstützung ist sie nicht zu gewähren. Die Bestrebungen des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener gehen dahin, die stark einschränkenden Bestimmungen wieder zur Aufhebung zu bringen.

Uhr und Herz

Berechnungen haben ergeben, daß eine gewöhnliche Uhr in einer Stunde 17160mal tickt, täglich also 411840 und jährlich 150429560 Schläge ausführt. Im allgemeinen gesteht man einer sorgfältig behandelten Uhr eine Lebensdauer von 100 Jahren zu, sie schlägt also in diesem Zeitraum 1504295600mal. Weit höher jedoch ist die Leistung des menschlichen Herzens, wenn man berücksichtigt, daß das harte Metall viel robuster ist. Das menschliche Herz schlägt in einer Stunde 5000mal, 120000mal also am Tage und 43830600mal im Jahre. Ein 100jähriger absolviert also 4 1/2 Milliarden Herzschläge. Nichts läßt deutlicher als diese Zahlen erkennen, um welch feines Wunderwerk es sich beim menschlichen Herzen handelt.

Unfallverhütung

Beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, besteht eine Unfallverhütungsbild G.m.b.H., die ehrenamtlich geleitet auf gemeinnütziger Grundlage die Aufgabe hat, durch Einwirkung auf den Arbeiter sein eigenes Verantwortungsbewußtsein den Unfallgefahren des täglichen Arbeitslebens gegenüber zu wecken. Die beim gleichen Verband arbeitende Zentralstelle für „technische Unfallverhütung“ erstrebt durch Verbesserungen der Maschinen die Unfallgefahren nach Möglichkeit auszuschalten.

Das Plakat ist eines der wichtigsten Mittel dieser an die Einsicht und Mitarbeit des Menschen gerichteten Unfallbekämpfung. Soeben ist eine neue Serie von etwa 50 Unfallverhütungsbildern erschienen. In verkleinerten Wiederabdrucken sind diese neuen Plakate handlich zusammengestellt. (3. Nachtrag zu „Unfallverhütung durch das Bild“, Preis 25 Pf.) Damit erhöht sich jetzt die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stehenden Unfallverhütungsbilder auf annähernd 400, so daß es wohl keinen Gewerbebetrieb gibt, dessen besondere Gefahren nicht mit eindringlichen Warnungsplakaten berücksichtigt sind.

Die Unfallverhütungsbilder tun aber ihre Schuldigkeit nur, wenn sie auffällig an gut sichtbaren Stellen ausgehängt und von Zeit zu Zeit, mindestens alle 14 Tage, ausgewechselt werden. Auf diese Weise wird immer wieder die Aufmerksamkeit geweckt, die Gedanken auf Unfallgefahren und Unfälle neu hingelenkt und das Gefühl für die Notwendigkeit zweckdienlicher Unfallverhütungsmaßnahmen wachgehalten.

Zum fünften Male gibt die Unfallverhütungsbild G.m.b.H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften den Unfallverhütungskalender heraus, der in den letzten Jahren stets in annähernd 2 Millionen Stück an die Arbeiter verteilt wurde. Das kleine Heftchen, 64 Seiten stark, auf fast allen Seiten mit Bildern versehen, in hübschem, farbigem Umschlag, enthält keine gelehrten Abhandlungen, sondern kurze, einprägsame Beispiele aus dem alltäglichen Arbeiterleben.

Wie wichtig und erfolgreich berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung ist, beweist eine in dem Unfallverhütungskalender veröffentlichte Statistik: Im Jahre 1907 ereigneten sich bei rund 9 Millionen Versicherten und einer Kraftmaschinen-Leistungsfähigkeit von nur 10,3 Millionen Pferdestärken 15892 Maschinenunfälle; 1925 bei 10,85 Millionen Versicherten und insgesamt 36,5 Millionen Pferdestärken waren die Maschinenunfälle von 15892 auf 11850 gesunken! Nichts kann wohl eindringlicher den Erfolg der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung beweisen! Auch die Verbreitung des Unfallverhütungskalenders gehört mit zu den wichtigsten und erfolgversprechenden Maßnahmen dieser Unfallverhütung.

Wie alljährlich ist auch diesmal wieder ein Preisanschreiben in dem Kalender enthalten, für das 22 Preise im Gesamtwert von 1000 M ausgesetzt sind. — Im vorigen Jahr erzielte das Kalenderpreis-schreiben des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften eine Höchstzahl von zum Teil recht wertvollen Einsendungen, von denen einige im diesjährigen Kalender veröffentlicht sind.

Der Kalender gehört in die Kleinbetriebe, denn gerade in diesen ereignen sich sehr zahlreiche Unfälle, die bei nötiger Vorsorge vermeidbar wären. — Den Bezug des Unfallverhütungskalenders vermittelt jede Berufsgenossenschaft oder direkt die gemeinnützige Unfallverhütungsbild G.m.b.H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Str. 37. (Preis des Kalenders 15 Pf.)

Gas ist gefährlich!



„NICHT ABLEUCHTEN!“

„SEIFENWASSER BENUTZEN!“

Bestell-Nr. — 57 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9 beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Jede Gasleitung, die von Fachleuten einwandfrei angelegt ist, ist an sich ungefährlich, solange alles in guter Ordnung ist. Sobald aber infolge Schäden, zum Beispiel durch entstandene Undichtigkeiten oder durch rissige Gummischläuche Gas ausströmen kann, ist die Gefahr groß. Gasgeruch warnt! Rechtzeitig alles nachsehen, ehe ein Unglück geschehen ist!

Niemals ein Zimmer oder sonst einen Raum, in dem es nach Gas riecht, mit Kerzen, offenem Licht, brennender Zigarre oder Zigarette betreten! Man weiß nie, ob nicht schon soviel Gas ausgeströmt ist, als zur Bildung eines explosionsfähigen Gasluftgemisches ausreicht. Durch Entzündung eines solchen Gemisches kommt es zu gefährlichen Explosionen, die ganze Wohnungen, ja ganze Häuser zerstören und zahllose Opfer an Menschenleben fordern können. Darum stelle man Undichtigkeiten an Gasleitungen niemals durch Ableuchten der Gasleitung etwa mit Streichhölzern fest. Man bestreiche vielmehr mit Hilfe eines Pinsels alle die Leitungsstellen, wo Undichtigkeiten vermutet werden, mit Seifenwasser. An den undichten Stellen bildet dieses infolge des Gasaustrittes Blasen, die deutlich die Schäden der Leitung erkennen lassen. Nicht selbst Reparaturen vornehmen, sondern sie nur vom Fachmann ausführen lassen! Am besten ist Meldung beim zuständigen Gaswerk.



Verbandsleben



Dankeskerzen für die RGO

Gestiftet von den Thüringer Metallindustriellen

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Thüringen hatte vor dem Kriege eine umfangreiche Waffenindustrie und ein umfangreiches Kleinmetallgewerbe, so daß Zehntausende von Arbeitern Beschäftigung fanden. Sehr wenig ist davon übrig geblieben. Infolgedessen außergewöhnlich viel Arbeitslose. 35 vH der Thüringer Metallarbeiter sind seit langem ohne Beschäftigung und zu ihnen gesellen sich unzählige Kurzarbeiter. Die wirtschaftliche Lage wie die Stimmung der Metallarbeiterschaft sind begreiflicherweise über alle Maßen schlecht. Es ist vielleicht verständlich, daß viele von den Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft gewissenlosen Marktschreibern nachlaufen, in der Hoffnung, von ihnen aus der drückenden Lage befreit zu werden: Heute Tambourmajor bei den Kommunisten, von ihnen viel bejubelt — morgen Tambourmajor bei den Nazis, von den Kommunisten verprügelt!

Den schwer gedrückten Arbeitern bietet sich die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ als Helferin an. Sie findet immer noch Dumme. Und wenn eine „revolutionäre Aktion“ der RGO angedreht ist, reiben sich die Unternehmer vor lauter Freude die Hände, und wenn die Aktion zu Ende ist, steckt ein Haufen dummgläubiger Proleten noch tiefer im Elend. Erst wenn es zu spät ist, sehen sie ein, daß die RGO den Arbeitern gar nicht helfen kann noch will, sondern daß sie ihnen nur die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft verehelt, um besser fischen zu können.

Wir wollen das Gesagte an ein paar Beispielen aus der jüngsten Zeit beweisen: In der Thüringer Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch mit einem Abzug von 6 vH gefällt. Auf Anraten der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde der Schiedsspruch von den Metallarbeitern einmütig abgelehnt, aber dann vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Jetzt witterte die RGO Morgenluft. Sie setzte mit einer schamlosen Hetze gegen die führenden Leute des DMV ein. Der Plan war, die Mitglieder aus den Betrieben zu drängen und sie mit Unorganisierten zu füllen. Daß das auf Kosten der gesamten Metallarbeiterschaft geht, kümmert die Strategen der RGO natürlich nicht.

Die RGO erstrebte ihr Ziel nun folgendermaßen: Die Bezirksleitung des DMV hatte aus wohlwollenden Gründen eine Abstimmung über einen Streik abgelehnt, Darob ließ die RGO ein Trommelfeuer von Verleumdungen und Lügen über die Funktionäre des DMV niedergehen. Sie leitete selbst die Abstimmung ein. Sie wollte doch den Unternehmern zeigen, wie revolutionär die Metallarbeiter in Thüringen unter der Führung der RGO sind — nein, sie wollte den Unternehmern etwas anderes zeigen. Was, werden wir gleich sehen.

In Zella-Mehlis gibt es fast nur mit der Kommunistischen Partei sympathisierende Arbeiter. Die KPD ist stolz auf diese ihre Hochburg. Hier ließ ihre Agentur, die RGO, abstimmen, ob Streik oder nicht. Von den 1400 Leuten der Mercedeswerke beteiligten sich etwa 260 an der Abstimmung. Davon stimmten 200 für den Streik, 400 dagegen. Das war Balsam für das Unternehmertum. Die RGO ruhte nicht, ihm noch mehr Freude zu bereiten.

In den BMW in Eisenach sitzt als eifriger Befürworter der RGO, der Betriebsratsvorsitzende Herr Ifland. Auf Betreiben dieses Herrn mußte die Abteilung Heeresgerät des genannten Werkes eine Abstimmung vornehmen. Von den 300 Leuten dieser Abteilung beteiligten sich 176 an der Abstimmung. Davon stimmten 48 für den Streik, 128 dagegen. Damit wurde von der RGO den Unternehmern zahlenmäßig gezeigt, wie es mit der seit Jahren ausgesprochenen Kampfbereitschaft dieser Belegschaft bestellt ist. Die Unternehmer neigten sich respektvoll vor dem Zahlenbeweis, der nicht anzuzweifeln war, weil er ja von der RGO selbst stammt. Die Unternehmer stifteten ihr eine Dankeskerze.

Was der Herr Ifland in Eisenach fertigbrachte, konnte seinesgleichen in Gotha auch. Hier in der Waggonfabrik, meinte der „revolutionäre Betriebsratsvorsitzende“, eine Abstimmung könne ruhig vorgenommen werden, man brauche nicht ängstlich zu sein, eine Mehrheit für den Streik sei nicht zu erwarten. Die Abstimmung ergab: von den 400 Beschäftigten hielten es nur 180 nötig, an der Abstimmung teilzunehmen. Das Eintreffen der Voraussage des „revolutionären“ Betriebsratsvorsitzenden quittierten die Unternehmer mit einer weiteren Dankeskerze.

In den schon erwähnten BMW Eisenachs sollten den Reparaturhandwerkern 20 bis 40 vH Abzug gemacht werden. Auf Veranlassung des DMV traten die Handwerker in den Streik. Der RGO-Betriebsratsvorsitzende, eben jener Herr Ifland, anstatt die Arbeiterschaft in den Streik zu führen, verhandelte allein hinter dem Rücken des Betriebsrats mit der Direktion wegen der Einstellung der Streikenden. Die Bezirksleitung des DMV erfuhr davon, als ihr vom Arbeitgeberverband mitgeteilt wurde, daß die Differenzen in Eisenach durch Verhandlungen mit dem Betriebsrat beigelegt seien. Der Streik wurde schließlich durch Verhandlungen mit dem DMV erfolgreich beendet.

Die Firma Pels in Erfurt wollte unter ihrer Belegschaft ein großes Aufräumen vornehmen. Das pfliffen die Spatzen in Erfurt von den Dächern. Die RGO nahm die Gelegenheit wahr, der Firma einen Dienst zu leisten. Ein Streik wurde angedreht. Den äußeren Anlaß dazu gab die Ankündigung der Firma, den Lohn schon vor der ausgesprochenen Verbindlichkeitsklärung um 6 vH zu kürzen. Die Firma wollte, wie gesagt, unter ihrer Belegschaft aufräumen. So lautete denn die Parole der RGO: „Kein im DMV organisierter Arbeiter darf wieder in den Betrieb!“ Die Mitglieder des DMV konnten ihren fast

einstimmig gefaßten Beschluß, die Arbeit, nachdem die Verbindlichkeit ausgesprochen war, wegen des Terrors der „Revolutionäre“ nicht wieder aufnehmen. Die Mitglieder des DMV bekamen die Streikunterstützung. Was wurde aber mit den andern 400 Leuten, die auf die Versprechungen der RGO reingefallen waren? Ihnen wurde von der KPD das Heranrollen von Lebensmittelwaggons verkündet. Große Bilder in der Zeitung zeigten den gutgläubigen Proletariern die kommunistische Sammel-tätigkeit für die Pellschen Arbeiter. Und das Ergebnis? Die Streikenden haben ein Lebensmittelpaket im Werte von 5 (fünf) M erhalten. Auch Nudeln sind angekommen, die von den Führern in Geld umzusetzen versucht wurden. Auf Sammelisten sind 620,20 M quittiert, und die sind angeblich für Lebensmittel ausgegeben worden.

Um den Streit, verloren noch ehe er begonnen, zu verschärfen, wurden Arbeitslose aus der Umgebung herangezogen, die sich mit Pflastersteinen an der Bewegung beteiligten. Hierdurch erhielt die Polizei Gelegenheit einzugreifen. Das Ergebnis war: ein Toter, mehrere Schwerverletzte, 173 auf der Strecke gebliebene Arbeiter, die zum Teil 20 bis 30 Jahre in dem Betrieb waren und wohl nie wieder in der Metallindustrie unterkommen.

Man vergesse nicht: die Firma wollte, bekanntermaßen, in ihrem Betriebe aufräumen. Das ist ihr nun auch vollständig gelungen — dank der „revolutionären“ Hilfe der RGO. So leicht hat sich die Firma das Aufräumen bestimmt nicht vorgestellt. Man wird verstehen, daß sie der RGO gleich ein Dutzend Dankeskerzen gestiftet hat.

Wie lange wird's noch dauern, und die Arbeitgeber stiften der RGO auch eine Fahne. Ist eigentlich zwar nicht mehr nötig, denn die RGO weiß auch ohne Banner namhafte Siege — für das Unternehmertum zu erringen. Das zu würdigen, wird vielleicht auch noch der ganzen Anhängerschaft der RGO gelingen.

Schiedsspruch in Leipzig abgelehnt

In der Leipziger Metallindustrie hat der Schlichter, Dr. Hauschild ist sein Name, eine wirtschaftliche Lehrlingsprobe abgelegt. Er hat sie auf das Wohlgefallen der Metallkauter abgelegt. Er hat nämlich einen Lohnabbau von 6 Pf. die Stunde gefällt. Mehr kann man doch in dieser Zeit des Massenmangels an Käufern wahrhaftig nicht erwarten. Wenn Zehntausenden von Arbeitern 6 Pf. die Stunde weggenommen werden, so wird die Kaufkraft von den Zehntausenden um den Betrag — steigen, dementsprechend mehr Bestellungen bei den Fabrikanten eingehen und die Geschäftsflaute schwinden. So wenigstens ist die Logik, die aus dem Schiedsspruch spricht. Da unsere Krauter vor solcher Logik, weil sie ja die ihre ist, großen Respekt haben, freuen sie sich über den Herrn Schlichter. Sie werden ihm eine Medaille prägen lassen. Er hat sie ehrlich verdient.

Die Metallarbeiter sind allerdings anderer Meinung. Sie halten den Lohnabbau für einen wirtschaftlichen Unsinn und eine Unerträglichkeit für die Arbeiter. Sie können nicht einsehen, daß mit solchem Lohnraub irgend jemandem, ausgenommen der mißwirtschaftende Teil der Krauterschaft, gedient sein kann. Die Metallarbeiter Leipzigs haben daher den Schiedsspruch einmütig abgelehnt.

Urlaubsgeld wird nachgezahlt

Der Schlosser G. war von Oktober 1905 bis Januar 1930 bei der Firma Wesselmann-Bohrer Cop. in Gera-Zwätzen beschäftigt. Er war also 25 Jahre bei der Firma beschäftigt. Am 11. Mai 1929 wurde er krank und mußte zu Hause bleiben, weil sein Körper die schwere Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Am 13. Januar 1930 schrieb ihm die Firma, daß sie unter Bezugnahme auf § 123 der Gewerbeordnung das Arbeitsverhältnis mit ihm löse. Der Arbeiter klagte hierauf auf Abgeltung der erworbenen Ferien.

Das Arbeitsgericht in Gera hat zugunsten des Klägers und des Deutschen Metallarbeiterverbandes entschieden. Gegen dieses Urteil legte die Firma und auch der Verband der thüringischen Metallindustriellen Berufung ein. Sie erreichten, daß vom Landesarbeitsgericht der Kläger mit seiner Klage abgewiesen wurde: Ein Urlaubsanspruch könne nur in Form der Gewährung von freier Zeit unter Fortzahlung des Lohnes zur Entstellung gelangen. Die Gewährung von freier Zeit könne sich nur vollziehen, wenn die Gewährung der freien Zeit im Augenblick des Erwerbs des Anspruchs möglich sei. Nach § 8 des einschlägigen Tarifvertrages haben Anspruch auf Ferien sämtliche Arbeitnehmer eines Betriebes, die seit dem 2. März des jeweiligen Kalenderjahres bis einschließlich 2. Mai ununterbrochen in diesem Betrieb im Arbeitsverhältnis sind. Der Kläger hätte den Urlaub im Jahre 1929 erhalten, wenn er nicht erkrankt wäre. Dem Kläger sei am 13. Januar 1930 fristlos gekündigt worden, dazu war die Beklagte nach § 123 Ziff. 8 der Gewerbeordnung berechtigt. Er hatte also im Kalenderjahr 1930 keinen Anspruch mehr auf Urlaub von 1929. Der Kläger müsse deshalb mit seinen Ansprüchen abgewiesen werden.

Gegen dieses Urteil kämpften der Kläger und seine Organisation mit der Revision an. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Frenkel, machte folgende Revisionsgründe geltend: Die Auslegung des Vordritters verstöße gegen § 135 und § 154 BGB. Der Kläger sei 25 Jahre bei der Beklagten beschäftigt gewesen. Wegen einmaliger Krankheit sei der Kläger fristlos entlassen und ihm der berechtigte Urlaub abgesprochen. Dieses sei im höchsten Maße unsozial und unbillig anzusprechen. Das Verhalten der Beklagten stehe im Widerspruch mit dem Anstandsgefühl aller gerecht und billig denkenden Berufsgenossen. Ein Grund zur fristlosen Entlassung des Klägers habe nicht vorgelegen. Die Entlassung des Klägers, der 25 Jahre bei der Firma beschäftigt war, sei eine Härte und Schikane der Unternehmer.

Das Reichsarbeitsgericht hob das vorinstanzliche Urteil auf und entschied zugunsten des Klägers. Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger die Urlaubsgelder nachzuzahlen. Nach dem Tarifvertrag habe der Kläger, der am 11. Mai 1929 unverschuldet krank wurde, Anspruch auf Urlaub. Dieses sei von der Vorinstanz nicht beachtet worden. Die Beklagte hat die gesamten Kosten des Rechtsstreits zu tragen. (RAG 330/30)

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 15. Februar ist der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Februar 1931 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meist ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Der Schmied Ferdinand Schwarze, geb. am 12. Mai 1910 zu Berlin-Rummelsburg, eingetretet am 3. Mai 1925 Flensburg, Mitgliedsbuch Nr. 6.095.714, wegen Fälschungen seinem Mitgliedsbuch.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.; von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstand; A. = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zur Zeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Theorie und Praxis beim Dinta

Das Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) verkündet immer wieder laut und vernehmbar, daß es seine Hauptaufgabe sei, der Industrie einen gutdurchgebildeten Facharbeiternachwuchs zu sichern. Zu diesem Zweck werden in schulentlassenen Burschen in sogenannten Lehrwerkstätten ihrem zukünftigen Handwerk unterwiesen.

Die Erfahrung bei der Einstellung der Lehrlinge hat gezeigt, daß der weitaus größte Teil der sich bewerbenden Burschen sich den mechanischen Betrieben zuwenden möchte, so daß der Nachwuchs für Gießereibetriebe daher sehr in Frage gestellt ist. Da hilft sich Herr Arnold, der sich als der Gründer des Dinta bezeichnet, mit folgender Methode:

Den 14jährigen Burschen, die für ihr Leben gerne Schlosser, Dreher oder Elektriker werden möchten, wird mit Bedauern mitgeteilt, daß in diesen Berufen auf dem Werk leider keine Lehrstelle mehr frei sei; daß sie aber Gelegenheit hätten, das Formerhandwerk zu erlernen. In einer Werbenummer der Hüttenzeitung, die vor einigen Jahren in den Volksschulen an die zur Entlassung kommenden Kinder verteilt worden ist, wurde sogar festgestellt, daß das Formerhandwerk — „jetzt doch auch ein gelernter Beruf sei“. Wahrscheinlich waren es die Forme, die vorher das Handwerk erlernt haben, nach Auffassung des Herrn Arnold bessere Hilfsarbeiter? Die bei der Einstellung abzulegende Eignungsprüfung zeitigt denn auch das Ergebnis, daß die Jungens sich ausnahmslos ausgerechnet zum Formerhandwerk eignen. Wie die Eignung hergedoktet zum Formerhandwerk eignen. Wie die Eignung hergedoktet es, den Bewerber und seine Eltern dazu zu bewegen, das Formerhandwerk zu wählen.

Bemerkte sei hierbei noch, daß nach Abschluß der Lehre eine Gesellenprüfung vor Vertretern der Industrie- und Handelskammer abgelegt werden muß. Dabei sind die meisten Eltern der Lehrlinge — nichtzutreffenden — Auffassung, daß diese Gesellenprüfung genüge, um den Prüflingen später die Meisterprüfung vor der Handwerkskammer zu ermöglichen. Versucht aber ein durch diese Prüfung gegangener Schlosser die Meisterprüfung vor der Handwerkskammer abzulegen, so macht er die Erfahrung, daß die Gesellenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer für die Katz war und er, wenn er sein Vorhaben durchführen, erst unter erheblichem Kosten aufwand eine Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer ablegen muß. Diese betrübliche Erfahrung konnten sogar erwachsene Handwerker machen, die an den vom Dinta abgehaltenen Meisterkursen teilgenommen hatten und dann von der Handwerkskammer nicht standhalten konnten, weil sie die Kosten für die erforderlichen zwei Prüfungen nicht aufbringen konnten. Sie wurden dadurch um die für den Meisterkurs aufgewendeten Kosten buchstäblich geprellt.

Es ist erklärlich, daß die einzelnen Innungen sich der Anerkennung der Gesellenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer widersetzen und daß dadurch manchem jungen Menschen vier Jahre seines Lebens buchstäblich gestohlen werden. So hat ein junger Mensch in der Fotoabteilung des Schalkenvereins das Fotografieren erlernt. Er hat einen ausdrücklichen Lehrvertrag mit dem Ausbildungswesen des Werkes abgeschlossen. Jetzt nachdem die Lehrjahre um sind, hatte er keine Möglichkeit die Gesellenprüfung abzulegen, trotzdem der Lehrvertrag die Möglichkeit dazu ausdrücklich betont. Würde er seine Gesellenprüfung vor der zuständigen Handwerkskammer ablegen können, doch weigerte sich die Firma, die Kosten dafür zu tragen.

Durch Eingreifen der Betriebsvertretung gelang es die Mittel aus der Arbeiterunterstützungskasse des Werkes flüssig zu machen, so daß der junge Mann auf diese Art wenigstens zum gewünschten Abschluß seiner Lehre kam. Die ganze Angelegenheit zeigt so richtig den Unterschied zwischen Theorie und Praxis beim Dinta.



Aus aller Welt



Internationale Metallarbeiterlöhne und ihre Kaufkraft

Von Dr. Wilhelm Wolff, Berlin

Der Lohnabbau ist jetzt in Deutschland die große Mode. Das Signal dazu hat die Reichsregierung gegeben, die ganz offen die Industrie zum Lohnabbau ermuntert mit der Begründung, daß sonst die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Als eines der ersten Opfer des Lohnabbaus wurde die Berliner Metallarbeiterschaft, der durch den berechtigten Schiedsspruch im Oktober v. J. 8 vH Lohnkürzung zukünftig wurde. Die Berliner Metallindustrie arbeitet stark für die Ausfuhr. Man sollte nun auf Grund des oben erwähnten Schiedsspruchs glauben, daß die Berliner und überhaupt die deutschen Löhne in der Metallindustrie zu den höchsten der Welt gehörten und deshalb ein Lohnabbau wirklich gerechtfertigt sei. Leider ist aber gerade das Gegenteil der Fall, wie sich aus den kürzlich vom Internationalen Arbeitsamt (IAA) veröffentlichten Zahlen einwandfrei nachweisen läßt. Die deutschen Löhne sind im Vergleich mit den Löhnen der Hauptindustriestaaten wesentlich niedriger, und zwar sowohl in ihrer zahlenmäßigen Höhe (Nominallohn), als auch vor allem in ihrer Kaufkraft.

In Tafel I geben wir einen Vergleich der Stundenlöhne einiger typischer Berufe der Metallindustrie in ihrer zahlenmäßigen Höhe.

Stundenlöhne in der Metallindustrie im Juli 1930 in verschiedenen Ländern in der Landeswährung und umgerechnet in Mark:

Länd.	Maschinenbau				Baugewerbe		Elektroinstallation	
	Schlosser und Dreher	Eisenformer	Ungelernte	Klempner	Geleitet	Monteur	Geleitet	Monteur
Verein. Staaten	Dollar	M	Dollar	M	Dollar	M	Dollar	M
New York	0,73	3,07	—	—	0,51	2,14	1,65	6,93
Kanada	Dolla		Dollar		Dollar		Dollar	
Montreal	0,68	2,86	0,70	2,84	0,45	1,89	0,90	3,78
Dänemark	Krone		Krone		Krone		Krone	
Kopenhagen	1,68	1,88	1,91	2,14	1,82	1,48	1,77	1,88
Schweden	Kron		Krone		Krone		Krone	
Stockholm	1,54	1,72	1,74	1,95	1,28	1,43	2,17	2,48
Irland	—		—		—		—	
Dublin	1 6/8	1 5/8	1 6/8	1 5/8	1 2	1 1/2	1 10/16	1 8/8
Niederlande	Gulden		Gulden		Gulden		Gulden	
Rotterdam	0,83	1,40	0,74	1,25	—	—	0,80	1,35
Großbritannien	—		—		—		—	
London	1 1/4	1,36	1 1/4	1,36	1 1/2	0,98	1 8/16	1 1/4
Deutschland	—		—		—		—	
Berlin	—	1,29	—	—	0,84	—	1,70	—
Polen	—		Zloty		Zloty		Zloty	
Warschau	—	1,06	—	—	0,94	—	—	1,75
Italien	Lira		Lira		Lira		Lira	
Rom	3,45	—	3,10	—	2,20	—	3,90	—
Österreich	—		S		S		S	
Wien	1,24	0,73	1,20	0,71	0,88	0,52	1,30	0,77
Jugoslawien	Dinar		Dinar		Dinar		Dinar	
Belgrad	9,—	0,68	12,—	0,90	3,80	0,29	—	18,—
Spanien	Peseta		Peseta		Peseta		Peseta	
Madrid	1,88	0,85	1,38	0,66	0,81	0,38	1,84	0,63

Aus der vorstehenden Tafel geht hervor, daß die höchsten Löhne in den Vereinigten Staaten und in Kanada gezahlt werden, wo aber die Löhne sehr stark voneinander abweichen. Die höchsten Nominallöhne in Europa zählt man in den nördlichen Staaten Dänemark und Schweden. Dann folgen Irland, die Niederlande und Großbritannien. Deutschland bewegt sich von den 13 vom IAA herausgegriffenen Ländern in der unteren Hälfte. Billiger als in Deutschland arbeiten nur noch die Metallarbeiter in Ost- und Südeuropa. Diese Länder kommen aber als Wettbewerber Deutschlands kaum in Betracht. Zur Tafel I ist noch zu bemerken, daß bei den deutschen Zahlen die Tariflohnsätze der höchsten Altersklasse gebracht werden, während bei den anderen Ländern Durchschnittssätze und bei Österreich Mindesttarifsätze dargestellt sind.

Aus der Tafel I geht deutlich hervor, daß in der Metallindustrie und insbesondere in so wichtigen Exportindustrien wie im Maschinenbau und in der Elektroindustrie Deutschland im Wettbewerb mit den Hauptindustriestaaten die niedrigsten Löhne zahlt. Wichtiger als der Nominallohn ist aber für den Arbeiter die Feststellung seines Reallohnes. Das IAA benutzt zur Errechnung der Kaufkraft des Lohnes einen sogenannten „internationalen Einkaufskorb“, das heißt den Wochenverbrauch eines erwachsenen Mannes an einigen bestimmten Lebensmitteln. In diesem „internationalen Einkaufskorb“ sind enthalten:

Weißbrot	2,00 kg	Speck	0,15 kg
Roggenbrot	1,75 kg	Kartoffeln	2,02 kg
Mehl	0,80 kg	Zucker	0,45 kg
Hafermehl	0,11 kg	Kaffee	0,07 kg
Butter	0,17 kg	Tee	0,04 kg
Margarine	0,10 kg	Kakao	0,01 kg
Schweinefett	0,08 kg	Milch	2,40 Lit.
Rindfleisch	0,45 kg	Eier	3,60 Stck.
Hammelfleisch	0,10 kg	Salz	0,10 kg
Schweinefleisch	0,20 kg	Salatöl	0,10 Lit.
Kalbfleisch	0,10 kg		

Zu diesen Lebensmitteln kommen noch für Licht, Feuerung und Seife:

Feuerung (Kohlen und dergleichen)	14,00 kg
Elektrischer Strom	0,60 kWh
Gas	2,40 cbm
Petroleum	0,23 Liter
Seife	0,14 kg

Die für Feuerung gegebene Zahl stellt den Verbrauch an Kohlen dar, zusammen mit ähnlichen Brenn-

materialien, wie Koks, wie sie in den einzelnen Ländern verbraucht werden. Die Feuerungsmenge entspricht also der gesamten verbrauchten Kohlen-, Koks- und Holzmenge, je nach den Gewohnheiten des betreffenden Landes. Leider war es dem IAA bisher nicht möglich, auch die Ausgaben für Kleidung und Wohnung zu berücksichtigen, da es sehr schwierig ist, in den einzelnen Ländern vergleichbare Zahlen für Wohnung und Kleidung zu erhalten.

Vom deutschen Standpunkt aus, werden die oben angegebenen Wochenmengen für einen erwachsenen Mann als zu gering angesehen werden müssen. Da aber nur Verhältniszahlen errechnet werden sollen, spielt die absolute Menge der einzelnen Waren keine Rolle. Das IAA hat errechnet, wieviel der oben angegebene Einkaufskorb in den einzelnen Ländern in Dollar kostet. In der nun folgenden Tafel sind die Dollarpreise in Mark umgerechnet.

II. Kosten für Lebensmittel, Feuerung, Licht und Seife in verschiedenen Ländern, ausgedrückt in Mark, für Juli 1930, und dazugehörige Maßziffern:

	Kosten in Mark		Maßziffern	
	Lebensmittel allein	Lebensmittel, Feuerung, Licht, Seife	Lebensmittel allein	Lebensmittel, Feuerung, Licht, Seife
Vereinigte Staaten	11,72	13,31	145	143
Kanada	10,37	12,50	129	130
Schweden	9,37	10,79	116	116
Deutschland	9,11	10,63	113	114
Irland	9,03	10,58	112	114
Italien	8,82	11,80	109	127
Österreich	8,74	10,37	108	111
Dänemark	8,65	10,12	107	109
Niederlande	8,27	9,74	103	105
Großbritannien	8,06	9,32	100	100
Spanien	7,69	9,53	95	102
Jugoslawien	6,64	8,23	82	88
Polen	5,84	7,27	72	78

Die Tafel II ist außerordentlich aufschlußreich gibt sie doch eine Teuerungsskala der einzelnen Länder. Am teuersten sind die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten und in Kanada. Beachtenswert ist, daß Deutschland zu den teuersten Ländern Europas gehört. Nur von Schweden wird es noch übertroffen. Während Deutschland in der Tafel I in der Reihenfolge der Nominallöhne sich in der unteren Hälfte bewegt, gehört es in der vorstehenden Teuerungstabelle zu der Spitzengruppe. Das sind die Früchte der agrarischen Schutzpolitik! Das billigste Land ist Polen. Ihm folgen Jugoslawien und Spanien. Einen Überblick der Kaufkraft gibt Tafel III.

Arbeitsstunden, die ein Schlosser oder Dreher braucht, um den internationalen Lebensmittellkorb einkaufen zu können:

	Anzahl der Arbeitsstunden
Kanada (Montreal)	3,63
Vereinigte Staaten (New York)	3,82
Dänemark (Kopenhagen)	4,60
Schweden (Stockholm)	5,45
Polen (Warschau)	5,51
Irland (Dublin)	5,68
Niederlande (Rotterdam)	5,91
Großbritannien (London)	5,93
Deutschland (Berlin)	7,06
Jugoslawien (Belgrad)	9,76
Italien (Rom)	11,61
Spanien (Madrid)	11,83
Österreich (Wien)	11,97

Nach der Tafel III wird für einen Schlosser der höchste Reallohn in Kanada gezahlt. Er braucht dort nur etwas mehr als 3 1/2 Stunden zu arbeiten, um dieselbe Lebensmittelmengenge wie sein Wiener Kollege kaufen zu können, wofür dieser aber dreimal länger arbeiten muß. Sein Berliner Kollege muß doppelt so lange, nämlich über sieben Stunden, arbeiten, um sich dasselbe leisten zu können. Überraschend ist, wie Polen wegen der Billigkeit seiner Lebensmittel in der Kaufkrafttafel heraufgerückt ist. Es gehört zu den Ländern in Europa, in denen sich der Metallarbeiter für seinen Lohn am meisten an Lebensmitteln kaufen kann.

Deutschland steht in der Kaufkraftstatistik ziemlich weit unten: schlechtere Reallohne werden nur noch in Jugoslawien, Italien, Spanien und Österreich gezahlt. Der österreichische Reallohn erscheint in dieser Statistik außerordentlich niedrig, gemessen an den Lebensmittelpreisen. Wenn auch die übrigen Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mieten, berücksichtigt würden, so würde Österreich in einem besseren Licht erscheinen, da ja die gesetzlichen Mieten in Österreich außerordentlich niedrig sind.

Aus den vorstehenden Ausführungen, gewonnen aus den einwandfreien Zahlen des IAA, ist das Folgende festzustellen, was uns in der gegenwärtigen Zeit besonders angeht: Sowohl die Nominal- als auch besonders die Reallohne sind in Deutschland außerordentlich niedrig. Sie sind insbesondere niedriger als in den Hauptindustriestaaten, mit denen Deutschland auf dem Weltmarkt im internationalen Wettbewerb steht. Um diesen Wettbewerb zu bestehen, ist also eine Senkung der Löhne nötig. Dagegen ist ein Abbau der Preise außerordentlich notwendig.

Niedergang in Polen

Der politische Wirrwarr Polens hat über seinen wirtschaftlichen Niedergang hinwegsehen lassen. Er geht jedoch rasend weiter. Die Unternehmer melden immer zahlreichere Gruppen von Arbeitern zur Entlassung bei den Regierungsstellen an. Im November des letzten Jahres arbeiteten manche Werke nur einen Tag in der Woche, in anderen werden die Belegschaften ganz beurlaubt. Letzten Dezember lag die Industrie vom 20. bis zum 7. Januar vollständig still.

Wie dabei die Lage der Arbeiterschaft ist, läßt sich an den Erwerbslosen berechnen. Während in Polen am Jahresanfang von 1930 186 000 Unbeschäftigte gezählt wurden, sind es am Ende des letzten Jahres 289 000 gewesen. Die Hochofenproduktion ist von Ende 1929 bis zum Ende von 1930 um 32,79 vH zurückgegangen, die Stahlwerke um 10,30 vH, Walzwerke um 6,7 vH und gezogene wie geschweißte Rohre um 27,94 vH.

Mit dem Beginn von 1931 war ein kleiner Hoffnungsstimmer durch einen Russenauftrag und durch einen größeren Regierungsauftrag entstanden. Aus beiden Aufträgen ist bisher nichts geworden. Der Regierungsauftrag von 35 000 Tonnen Walzeisenprodukte geht auf alle polnischen Eisenhütten. Der Russenauftrag ist vorläufig auf langes Ziel gesetzt worden. Die Entlassungen in den Eisenhütten sind erheblich gesteigert worden und verschiedene Betriebe stehen vor dem Schließen. Dazu kommt, daß manche Werke den Zahlungen nicht nachkommen können. Zahlungen von Lohn in zwei und drei Raten sind keine Seltenheit. Kleinere Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie sind gezwungen, „Sanierungen“ der Gesellschaft vorzunehmen, um nicht in Zahlungsschwierigkeiten zu kommen.

In der weiterverarbeitenden Industrie wurden die Akkordsätze bis zu 20 vH herabgesetzt, um bei der Jagd nach den Aufträgen konkurrenzfähig zu sein. Bei den Eisenhütten haben die Unternehmer das Gruppen- und Stückakkordabkommen gekündigt. Sie verlangen Herabsetzung der Akkordverdienste bei Spitzenverdiensten bis zu 40 vH. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Die Unternehmer wollen wahrscheinlich bis zum äußersten Tiefstand der wirtschaftlichen Lage warten, um dann erfolgreicher ihre Forderung vertreten zu können.

Der Bergbau, der mit einem guten Winter rechnete, ist ebenso stark enttäuscht worden. Er setzte Anfang Januar mit Feuerschichten ein und meldete eine größere Anzahl von Arbeitern (3000) zur Entlassung bei den Regierungsstellen an. Während die Tariflöhne in den Eisenhütten und der weiterverarbeitenden Industrie von den Unternehmern noch nicht gekündigt worden sind, geschah dies im Bergbau am 15. Dezember. Bei Verhandlungen Anfang Januar forderten die Unternehmer eine Herabsetzung der Tariflöhne um 10 bis 17 vH für einzelne Reviere. Eine Entscheidung ist bisher in keinem Falle gefallen.

Nach Blättermeldungen hat die Regierung einen Wirtschaftsausschuß im Ministerium gebildet, dem zwei — Generale und vier Hauptleute (Offiziere) angehören. Dieser Wirtschaftsausschuß soll für die bis zur Katastrophe gediehene Wirtschaftslage Mittel und Wege der Besserung ausfindig machen. Ob es diesen sonderbaren Wirtschaftspolitikern gelingt?

K. B.

Sowjetrußland

Wer ist Arbeitsdeserteur?

Die Tswestija veröffentlicht ein Dekret des Arbeitskommissariats, das den Kreis der Personen umreißt, die gemeinhin als Arbeitsdeserteure bezeichnet werden. Dieses Dekret ist ein Glied in der Kette von Maßnahmen zur Bekämpfung des ständigen Wechsels der Arbeiter in den Sowjetbetrieben. Das Dekret bestimmt, daß unter „böswilligen Desorganisatoren der Produktion“ Personen verstanden werden, die ihre Arbeitsstelle in Betrieben oder Behörden des vergesellschafteten Sektors der Volkswirtschaft selbstherrlich verlassen haben, ohne die Betriebs- oder Behördenleitung davon benachrichtigt zu haben oder ohne ihre Ersetzung durch neue Arbeiter abzuwarten, oder vor Ablauf ihres Arbeitsvertrages. Ferner gelten als Arbeitsdeserteure Personen, die ihre Arbeitsstelle binnen zwölf Monaten mehr als einmal selbstherrlich verlassen haben, selbst wenn eine bestimmte Anstellungsfrist nicht vereinbart worden war. Personen, die eine Arbeitsstelle, die ihnen nach Beendigung ihrer Ausbildungszeit zugewiesen, vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Zeit selbstherrlich verlassen haben, sind ebenfalls als Arbeitsdeserteure zu betrachten. Arbeitsdeserteure sind auch Personen, die wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin entlassen worden sind.

Als Verletzung der Arbeitsdisziplin gilt bewußte Beschädigung von Maschinen, Werkzeugen und Material, systematische Arbeitsniederlegung, Herstellung von Ausschußware, wenn dies systematischen Charakter trägt, Arbeitsversäumnis ohne ausreichenden Grund, Verweigerung einer Arbeitsleistung ohne ausreichenden Grund, Verlassen der Arbeitsstätte oder Arbeitsniederlegung vor Ablauf des Arbeitstages, Rowdytum im Betrieb, Trunkenheit im Betrieb, Beleidigung des technischen und Verwaltungspersonals während der Dienstzeit, Betriebsdiebstahl. Der Grund für die Entlassung soll im Lohnbuch verzeichnet werden. Dieser Kreis von Personen wird im Lauf von sechs Monaten weder in der Industrie noch im Verkehrswesen angestellt.

Gegenmaßnahmen Argentiniens

In den von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffenen Agrar- und Rohstoffländern setzt sich gegenwärtig immer deutlicher eine Bewegung durch, die zollpolitische Gegenmaßnahmen gegen die Fertigwareneinfuhr solcher Länder fordert, die der Ausfuhr der Agrar- und Rohstoffländer keine Berücksichtigung schenken. Vor allem hat das deutsche Einfuhrverbot für Gefrierfleisch, das praktisch allein das argentinische Gefrierfleisch betrifft, den argentinischen Landwirtschaftsminister zu einer Denkschrift veranlaßt, in der eine Erhöhung des Zollsatzes um 50 vH auf alle zollpflichtigen und um 15 vH auf alle zollfreien Waren aus Deutschland verlangt wird. Solche Gegenmaßnahmen müßten aber gerade Deutschland empfindlich treffen, da die deutsche Fertigwarenindustrie nach Argentinien mit 347,1 Millionen (insgesamt 371,3 Millionen) im Jahre 1929 für unseren Industrieexport sehr bedeutungsvoll ist, zumal auch 1930 trotz der Wirtschaftskrise sich der Export auf beachtlicher Höhe halten konnte (Januar bis September 1930: 211,9 Millionen).

Verschärft wird die Gefahr noch dadurch, daß gerade die argentinische Regierung zollpolitische Zugeständnisse von Argentinien als Gegenleistung dafür erlangen konnte, daß England die Aufrechterhaltung der Zollfreiheit für Fleisch und Getreide versprach. Gerade die Vorfälle in Argentinien zeigen wieder einmal mit aller Deutlichkeit, in welche handelspolitischen Gefahren der gegenwärtige Kurs der deutschen Agrarpolitik den gesamten deutschen Industrieexport bringen kann.

Unternehmersorge für die Jugend?

Auf der jüngsten Tagung der Unternehmerverbände in Düsseldorf sprach auch Herr Dr. Vögler über die Erziehung der Jugend also: „Wer die Arbeit an der Jugend aufgibt, gibt die Arbeit für die Zukunft auf, gibt sich selbst auf.“ Diesen Satz können wir als freie Gewerkschafter unterstreichen. Wir haben stets — manchmal allerdings sehr behindert durch die Unternehmer, Behörden und Gesetze — uns alle Mühe gegeben, für die Jugend zu arbeiten. Wenn das Unternehmertum sich jetzt für die Jugendarbeit einsetzt, so ist das reichlich spät, und es geschieht doch nur aus dem Grunde, um die Arbeiter in den Betrieben von ihrer gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten.

Herr Vögler wies in seiner Rede darauf hin, daß die Dinta-Lehrwerkstätten in Deutschland in 170 größeren Betrieben eingeführt seien und empfahl in diesem Sinne weiterzuarbeiten. Daß die Unternehmer die Dinta-Lehrwerkstätten lieben und sich dafür einsetzen, ist von ihrem Standpunkt aus verständlich. In Thüringen werden nach Dinta-Art Kurse abgehalten. Unter der Leitung eines deutschvölkischen Arztes wird Lehrlingsport getrieben. Von dem Arzt, der nicht bei der Krankenkasse zugelassen ist, werden Blutproben und Körperuntersuchungen in der Freizeit der Arbeiter vorgenommen. Also geht auch das Bestreben von einzelnen Dinta-Leitern für die Jugend aus, wirklich „rassenreine“ Leute in den Dinta-Werkkursen zu erziehen.

Früher, als die Gewerkschaften sich für die jugendlichen Arbeiter in den Betrieben einsetzten, damals, als für die Jugendlichen noch keine Rechte bestanden, sondern nur Pflichten, da konnte man bei den Unternehmern nichts von der Arbeit für die Jugend merken oder daß sie den jungen Menschen das Leben erleichtern wollten.

In der Vorkriegszeit standen die Jugendlichen gewissermaßen ohne Schutz da, und der geringe gesetzliche Jugendschutz wurde nicht beachtet. Lange Arbeitszeit und Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft waren an der Tagesordnung. Ihnen wurde untersagt, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen. Noch heute gibt es Unternehmer, die nicht begreifen können, daß auch die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge das Koalitionsrecht haben, und sie versuchen, es ihnen noch vorzuenthalten. Auch die Dinta-Lehrwerkstätten sollen dazu dienen, damit die jugendlichen Lehrlinge und Arbeiter mindestens von den gewerkschaftlichen Organisationen ferngehalten werden sollen. Heute haben die Gewerkschaften noch darum zu kämpfen, daß auch die Lehrlinge von den Tarifverträgen erfaßt werden. Handwerksmeister, selbst auch Fabrikbetriebe, lehnen es ab und kämpfen dagegen an, daß Löhne oder Lehrlingsentschädigungen durch die Gewerkschaften festgesetzt werden.

Es wurden im Westen Deutschlands Prozesse geführt, weil jugendliche Arbeiter sich an öffentlichen Versammlungen beteiligt hatten. Als die Metallarbeiter-Jugend in Solingen kurz vor Kriegsausbruch einen Ausflug machte, durften sie in dem Orte Leichlingen nicht mit Musik einmarschieren. Auch wurde ihre Zusammenkunft in dem Lokal als Versammlung aufgefaßt und durch den Bürgermeister Klein aufgelöst.

Sicherlich können die älteren unter den Hüttenarbeitern sich noch besinnen, wie das Unternehmertum sich früher der Jugend angenommen hat. Unternehmer und Mittelstandsvertreter haben sich auch immer, das beweist unsere Parlamentsgeschichte, gegen den gesetzlichen Schutz der Jugendlichen gewandt und haben alles daran gesetzt, daß gesetzlicher Schutz den jugendlichen Arbeitern nicht in der ihnen zustehenden Weise gegeben wurde. Und wenn man sich jetzt auf Unternehmertagungen um die Jugend kümmert, so nur aus dem einfachen Grunde, um sie den Gewerkschaften fernzuhalten. Darum muß es für jeden Arbeiter, insbesondere für die Jugend heißen: nun erst recht sich der Gewerkschaft zu widmen.
K. Sp.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie im Jahre 1930

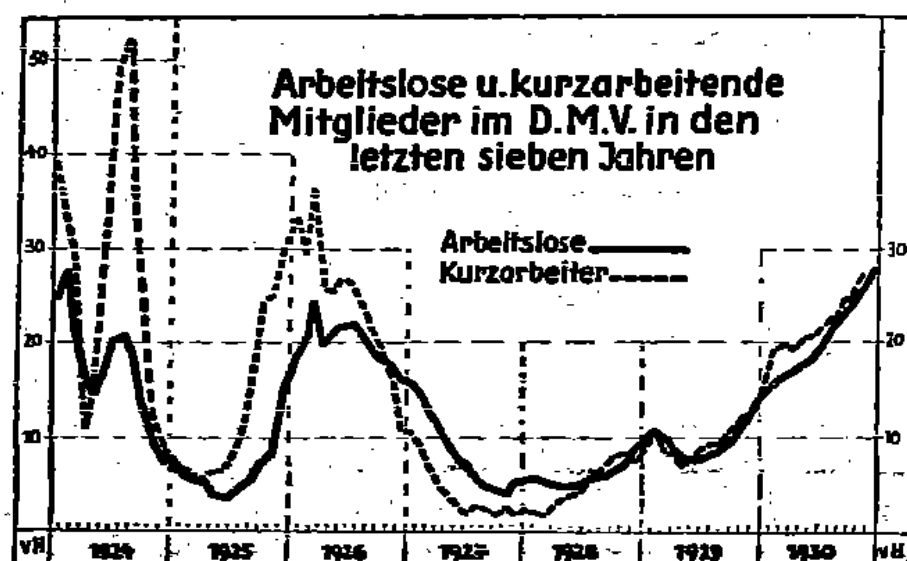
Das Jahr 1930 war wohl das schwerste Krisenjahr, das die Metallindustrie in der Nachkriegszeit betroffen hat. Schon Anfang des Jahres lastete der hohe Stand der Arbeitslosigkeit wie ein Alp auf den Metallarbeitern. Während in den früheren Krisenjahren gegen das Frühjahr eine gewisse Entlastung der Arbeitslage unverkennbar war, stieg jetzt trotz der milden Witterung die Zahl der arbeitslosen Mitglieder mit erschreckender Regelmäßigkeit. Neben der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes — die Bautätigkeit war um 20 vH geringer als im Vorjahr — wirkte sich die blühende finanzielle Lage der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften ungünstig aus.

Zu der sinkenden Kaufkraft und der dadurch hervorgerufenen weiteren Abschwächung des Inlandsmarktes gesellte sich die durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise verursachte Hemmung der Ausfuhr für verschiedene Branchen des Metallgewerbes. Der Ausfall der Reichstagswahlen brachte eine weitgehende Benurhung und Stockung in der Zufuhr von Auslandskapital, und die gleichzeitig einsetzende Kapitalsflucht verschlechterte die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch weiter. Die sich daraus ergebende Erhöhung des Reichsbankdiskonts trug naturgemäß nicht zur Hebung des Wirtschaftselendes bei. Der von dem Reichsarbeitsminister Stegerwald eingeleitete Lohnabbau verschlimmerte noch mehr die Lage, zumal von einem Preisabbau so gut wie nichts zu spüren war und die Regierung die beim Lohnabbau an den Tag gelegte Tatkraft beim Preisabbau vollkommen vermissen ließ.

Die Arbeitslosenkurve der Mitglieder unseres Verbandes stieg deshalb von Monat zu Monat. Sie erreichte im Dezember die Höhe von 28,0 vH. Damit wurden die höchsten Zahlen der schlimmen Krisenjahre 1923 (26,0 vH), 1924 (27,5 vH) und 1926 (24,1 vH) übertroffen. Welchen Tiefstand die Wirtschaftslage in der Metallindustrie im vergangenen Jahr erreicht hat, zeigt der Jahresdurchschnitt von 20,9 vH arbeitslose Mitglieder (1924: 17,4 vH, 1926: 19,9 vH).

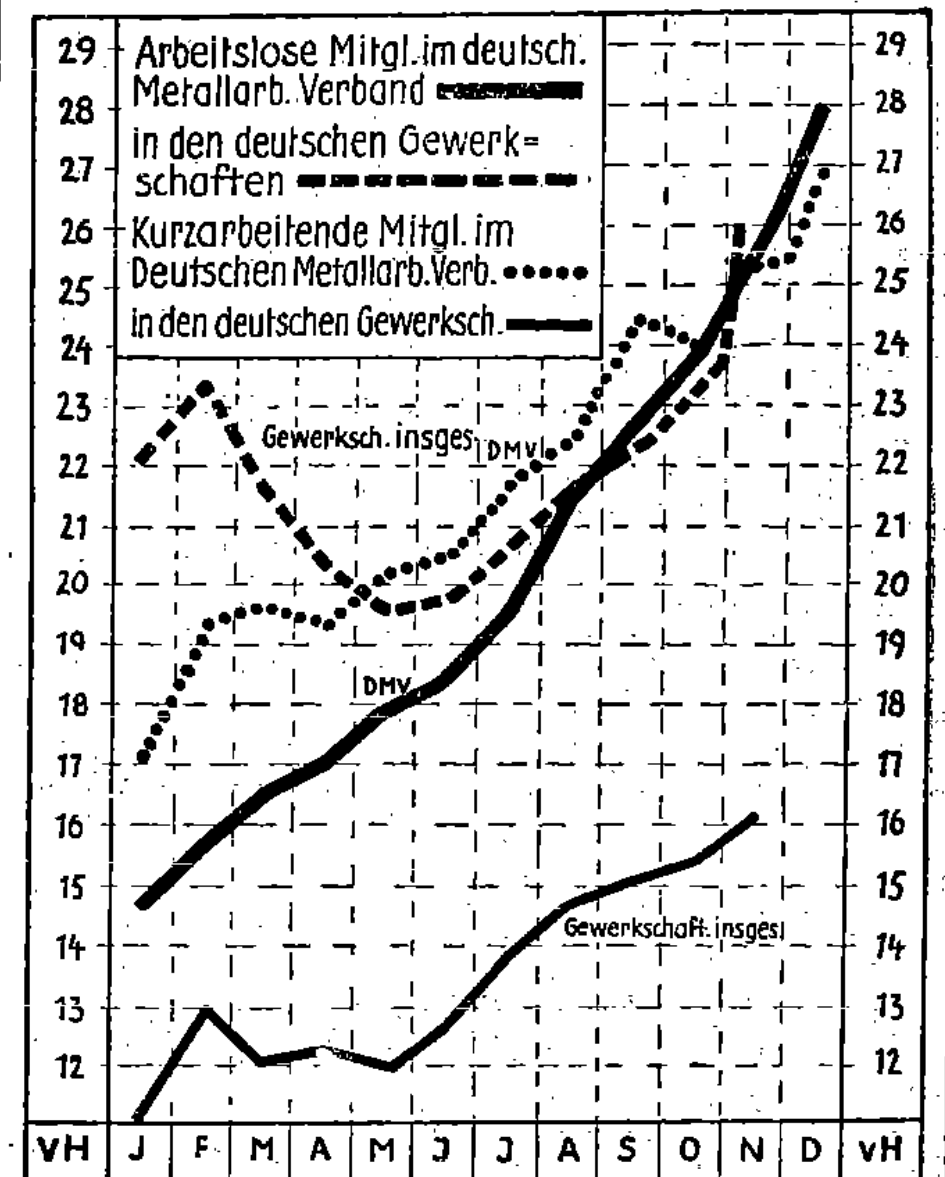
Eine ähnliche Entwicklung wie die Zahl der arbeitslosen Mitglieder nahm die der kurzarbeitenden Mitglieder. Nur im April und Oktober trat eine kaum merkbare Abschwächung ein, die durch die folgenden Monate wieder ausgeglichen wurde. Der höchste Stand wurde mit 26,9 vH Ende des Jahres erreicht. Der Jahresdurchschnitt ist 21,7 vH kurzarbeitende Mitglieder. Er blieb hinter dem der Krisenjahre 1924 (27,4 vH) und 1926 (24,5 vH) zurück.

Die Entwicklung der Arbeitslage in der Metallindustrie in den letzten sieben Jahren geht aus beifolgendem Schaubild, die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Jahre 1930 aus folgender Tafel hervor:



Monat	Arbeitslose Mitglieder vH	Kurzarbeitende Mitglieder vH	Zusammen vH
Januar	14,7	17,0	31,7
Februar	15,7	19,4	35,1
März	16,6	19,6	36,1
April	17,0	19,3	36,3
Mai	17,9	20,1	38,0
Juni	18,4	20,6	39,0
Juli	19,5	21,8	41,3
August	21,4	22,4	43,8
September	22,7	24,4	47,1
Oktober	23,9	24,0	47,9
November	25,5	25,6	51,1
Dezember	28,0	26,9	54,9

Waren es im Anfang 31,7 vH unserer Mitglieder, die von der Krise betroffen wurden, so stieg die Zahl Ende Dezember auf 54,9 vH. Mehr als die Hälfte aller unserer Mitglieder leiden demnach unter der Wirtschaftskrise. Ein Vergleich des Anteils der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter der gesamten Gewerkschaften mit dem unserer Organisation ergibt, daß die Arbeitslosenkurve sämtlicher Gewerkschaften Anfang des Jahres bedeutend höher liegt als die des DMV. Diese Erscheinung ist auf die schlechte Lage des Baumarktes zurückzuführen, die die Arbeitslosenzahlen, besonders die des Bauwerksbundes, stark emporschnellen ließ. Im zweiten Halbjahr nähern sich die beiden Kurven und verlaufen bis Ende des Jahres nahezu parallel. Die Kurzarbeiterkurve der gesamten Gewerkschaften zeigt die gleiche Aufwärtsentwicklung wie die des DMV. Nur liegt die Kurve der gesamten Gewerkschaften das ganze Jahr weiter unter der Kurzarbeiterkurve des DMV. Auch hier beeinflussen die Bauberufe, die Kurzarbeit so gut wie nicht kennen, das Gesamtergebnis stark. Den Verlauf der Krise im Jahre 1930 zeigt deutlich das folgende Schaubild:



SCHRIFTENSCHAU

Die Monatszeitschrift der Büchergilde Gutenberg nähert sich immer mehr dem Charakter eines inhaltlich wertvollen und neuzeitlich ausgestatteten Magazins. Das Februarheft, das jetzt vorliegt, enthält mehrere Erzählungen bedeutender in- und ausländischer Autoren, eine kunsthistorische Betrachtung Zeitglossen und Notizen und zahlreiche Abbildungen bedeutender Künstler wie Pechstein, Lovis Corinth, Seewald und Kokoschka. Die Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, kostenfrei. Jahrbuch 1930 des Arbeiterrates Groß-Hamburg. Der Hamburger Arbeiterrat berichtet über seine Tätigkeit. Die Freie Stadt Hamburg hat in seiner Verfassung die Einrichtung der Angestellten- und Arbeiterkammer, die zu allen wichtigen Gesetzentwürfen und Verordnungen vor Erlaß gutachtlich gehört wird. In dem Bericht sind die Gutachten enthalten. Somit stellen sie ein hervorragendes wirtschafts- und sozialpolitisches Bildungsmittel für den Arbeiter dar. Die Einleitung bringt eine sachkundige Darstellung der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Das Jahrbuch soll in keiner Gewerkschafts- und Arbeiterbibliothek fehlen. Selbstverlag des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Große Theaterstraße 44.

Billige böhmische Bettfedern

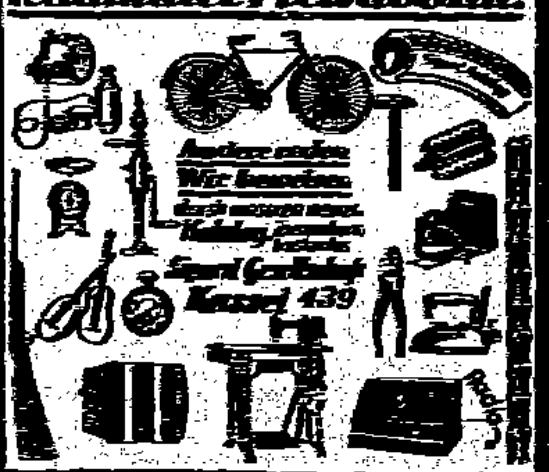
— Nur reine gefüllte Sorten —
2 1/2 - 3 grüne geschlossene Mk. 2,50
schwarze Mk. 3, — weiße Mk. 4, —
Hesse 8, — beste Sorte Mk. 10, —
12, — weiß, ungeschlossene, Halbfeder
Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 8,50
Versand franco zollfrei, gegen Nachn.
Mindest best. 10 Stück
Bestellzettel Sacklos, Lohn 21, bei Pfälzer, Göttingen

Kloster-Industriefabrik
Heil- und Wundermittel
als auch heilendes und schmerzstillendes
Mittel bei allen Fiebern, allen, schlecht
heilenden Wunden, Krampfadergeschwüren,
Hämorrhoiden. 1 Dose M. 1,50, 4 Dosen M. 4,50.
Kloster- Apotheke Kloster-Industriefabrik 27 (Götting)

Wilmhelm Pahr

Gebrauchsanweisung jetzt
Berlin, Brunnenstraße 78
Kleinstmeister durch Fernstudium
Prospekt - frei. - Privatlehrer Dipl.-Ing.
LESTER - in Wilmersdorf, Wilhelmsplatz 37

Radikaler Preisabbau!



Tuche



Vertragsgemäße Muster
Lieferungen & Anzüge
Allester Tischdecken
mit eigener Fabrikation
Spremberg (Lausitz) 114

Sichere Existenz

ein eigenes Klein
Haben können
Haupt- od. Neben-
beruflich tätig
wenn die Stille-
versicherung mit
einer kleinen
Umsatzenergie
Universaler
Stilleversicherer
Eigentlich Absender
der Verfügung über
den Nachlass durch
zu höchsten Lohn-
sitzen, wendend im
Verdienst geblieben
od. keine Verluste
erleidet, nur geringe
Anlagekapitalien
betragen Sie heiraten
Tätigkeit und Ihre
Einkünfte. Sie
sind durch diesen
Beste-Hilfsvertrag

Neue Gänsefedern.

von der besten Qualität, in schönen, stopp. gewaschen
und gereinigt, best. Qualität 2 Pfd. 3, — Mk., Halb-
dutzend 4,50, 7 Dutzend 6,50, La Vollgewicht 9, —
Mk., Geringere Federen mit Dutzend, gereinigt 3,40
u. 4,25, sehr zart u. weich 5,75, 6,75. Versand per
Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle
Lieferung. Ware. Melisse Nichtigkeitsverkauf zurück.
Frau A. Glücklich, Gänsemarkt, in Berlin (Weißhof)

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfd. große, gut geschlossene 80 Pl., 1 Mk., halbweiße
1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,70,
2, —, 2,50, 3 Mk., feinste geschlossene Halbflaum-Herr-
schaftsfedern 4, 5, 6 Mk.; Pfd. Ruffedern, ungeschl.,
mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75 Mk., weiß 2,40 Mk.,
2 Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. — Versand zollfrei,
gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nicht-
passende Geld zurück. Muster und Preisliste gratis.
S. SENISCH in PRAGKIL, Amerika office Nr. 889, Böhmen.

PHOTO-TAUSCH

Wenn Ihnen Ihre alte Kamera nicht mehr
genügt, tauschen wir Ihnen dieselbe gerne
gegen eine moderne, neue Kamera ein.
Verlangen Sie unseren 202 Seiten starken
Hauptkatalog Nr.911 kostenfrei, die Tausch-
bedingungen. Wir haben ständig Gelegen-
heitskäufe neu und gebraucht auf Lager.
Zahlungsleichterung n. Ihren Wünschen
ohne Mehrberechnung, ohne Aufschlag.
PHOTO-PORST
NÜRNBERG 311
Deutschlands größtes Photo-Spezialhaus

Alle Metallarbeiter lesen die »ENERGIE«



Josef Witt, Weiden 84 Oberpfl.
Größtes Warenhaus-Spezialgeschäft der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

- gibt wie folgt ab:
- Nr. 1 **Weißes Hemdentuch** schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschesläcke, 80 cm breit, per Meter **-.28**
 - Nr. 2 **Vorhangstoff** sog. Gardinen, mit echt indischenfarbigen Streifenmuster 70 cm breit, per Meter **-.19**
 - Nr. 3 **Hemdenflanell** etwas leichte Gebrauchsware, indianenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter **-.23**
 - Nr. 4 **Hemdenflanell** fast unzerstörbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indianenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter **-.39**
- Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei. Nichtabnehmende wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelagerte Betrag zurückbezahlt.

- Nr. 5 **Stuhltuch** auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mir. **1.15**
 - Nr. 6 **Handtücher** strapazierbare, haltbare Qualität, weiß nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund **1.25**
 - Nr. 7 **Strickwolle** garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund **1.95**
- Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.